

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 50
55. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Bresln,
10. Dezember 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Verkaufspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In Bezügen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieber des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Anker, Berlin
Redaktion und Expedition: Decius 60, 16, am Köpenicker Platz 2
Tel. Nr. 1: Emil Janowitz 6246.

Einzelnummern kosten die sechsstelligen Millimeterzelle 10 Pfennig. Der Raum 1,20 Mark / Arbeitervermittlungen 50 Pfennig. / Verbandsangelegenheiten kosten 30 Pfennig die Millimeterzelle.

Die Gewerkschaften und die Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder. In der ersten Novemberhälfte ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ganz beträchtlich gestiegen, und auch die Inanspruchnahme der Krisenunterstützung hat eine Steigerung erfahren. In der Hauptsache ist diese Zunahme der Arbeitslosigkeit auf die Jahreszeit zurückzuführen. In der Landwirtschaft und in den Außenberufen, besonders im Baugewerbe, läßt der Beschäftigungsgrad im Winter immer nach. Aber die Befürchtung scheint nicht unbegründet, daß sich bereits die Auswirkungen des abgestoppten Kapitalzuflusses auf dem Arbeitsmarkt zu zeigen beginnen. Der Berliner Magistrat hat sich genötigt gesehen, ein Verbot der Inangriffnahme bereits beschlossener städtischer Bauten auszusprechen. Andere, schon im Gange befindliche Bauten mußten vorläufig stillgelegt werden. In ähnlicher Weise, wenn auch vielleicht nicht in dem gleichen Maße, leiden auch andere Großstädte an den Folgen der durch das Eingreifen des Reichsbankpräsidenten verursachten Kreditperre. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Arbeiter. Ihr Arbeitsmarkt wird eingeengt, und der Ausfall an Kaufkraft macht sich bald in den verschiedensten Zweigen unseres Wirtschaftslebens bemerklich.

Wir haben hier ein Schulbeispiel dafür, wie sich die Störung des normalen Wirtschaftsablaufs seit unmittelbar zum schweren Nachteil für die Arbeiterschaft auswirkt. Daher ist es durchaus notwendig, daß die Gewerkschaften die Vorgänge in der öffentlichen Wirtschaft aufmerksam verfolgen und ihre Stimme erheben, um auf Gefahrenpunkte hinzuweisen. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als die berufene Vertretung der organisierten deutschen Arbeiterschaft hat deshalb Stellung genommen insbesondere zu dem Auftreten des zurzeit in Finanzfragen allmächtigen Reichsbankpräsidenten Schacht.

Die Städte bedürfen dringend größerer Geldmittel zur Erfüllung unaufschiebbarer Aufgaben. Neben dem Wohnungsbau, der in allen größeren Städten eine zwingende Notwendigkeit ist, stellt die Lösung des Verkehrsproblems besonders Berlin vor gewaltige Aufgaben. Dazu kommen unaufschiebbare Schulhausneubauten und die Befriedigung so mancher anderer Kulturbedürfnisse. Hierfür sind große Geldmittel erforderlich, die aus laufenden Steuermitteln unmöglich aufgebracht werden können. Nach allgemein anerkannten Finanzgrundsätzen können Anlagen für werbende Zwecke, das heißt solche, die nach ihrer Fertigstellung Erträge abwerfen, aus Anleihen bestritten werden. Ebenso ist es berechtigt, Einrichtungen, die noch einer späteren Generation dienen sollen, so zu finanzieren, daß sich Verzinsung und Amortisation auf einen längeren Zeitraum erstrecken. In dem noch recht kapitalarmen Deutschland können Anleihen in der erforderlichen Höhe nicht aufgenommen werden. Die Städte würden die erforderlichen Kapitalien auch im Ausland geliehen erhalten. Aber Herr Schacht duldet nicht, daß sie diese Kreditquellen flüssig machen. Zum Überfluß hält er auch noch Reden, die geeignet sind, das Vertrauen der Geldgeber in die Kreditfähigkeit der Städte zu untergraben.

Man erblickt in diesem Vorgehen, vielleicht nicht mit Unrecht, einen Vorstoß des Privatkapitals gegen die Gemeinwirtschaft. Die Kapitalmagnaten blicken mit Neid auf die Versorgungsbetriebe der Städte. Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. sind in der Hand von Privatkapitalisten ein vortreffliches Mittel zur Ausbeutung der Bevölkerung. Daß diese Anstalten im Besitz der Städte gemeinnützig verwaltet werden, betrachten die Verfechter der Interessen des Privatkapitals als ein ihnen zugefügtes Unrecht, und der Reichsbankpräsident Schacht handelt im Interesse des Privatkapitals, wenn er den Städten den Kredit

abschnellet, der zur Erhaltung und zum Ausbau der gemeinnützigen Betriebe notwendig ist. Das ist eine arbeitserföndliche Politik, gegen welche die Gewerkschaften scharfen Einspruch erheben.

Nicht minder protestieren sie gegen den von der Reichsregierung verfolgten Kurs in der Steuer- und Zollpolitik. Die Tendenz dieser Politik geht dahin, die Massen zu belasten zum Vorteil der leistungsfähigen Schultern. Auf die Senkung der Lohnsteuer insbesondere hat die Arbeiterschaft eingesehlich verbrühtes Recht. Die Grenze, bei deren Erreichung die Lohnsteuer gesenkt werden muß, ist überschritten. Diese Steuer bringt weit mehr ein, als im Reichshaushaltsplan vorgesehen. Aber in der Reichsregierung besteht keine große Neigung, der Gesetzesvorschrift zu entsprechen, die für diesen Fall eine Steuerentlastung vorschreibt. Der Protest der Gewerkschaften bringt zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft auf dem Posten ist und für ihr Recht eintritt.

Die Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten sind diktiert von der Sorge für die Sicherung der Währung. Der Zweck, den er verfolgt, ist gut. Die Arbeiterschaft hat unter der Inflation so schwer gelitten, daß wir alle Ursache haben, eine Wiederkehr dieser Zeiten zu scheuen. Aber die Mittel, die Herr Schacht anwendet, sind falsch. Er will den Luxus einschränken, und er kommt schließlich dazu, sogar den Wohnungsbau als Luxus zu betrachten. Gewiß gibt es Möglichkeiten, die Reicheinnahmen zu steigern und die Ausgaben herabzusetzen. Der im Vergleich zu anderen Ländern lächerlich geringe Ertrag der Erbschaftsteuer zeigt einen Weg, die Reicheinnahmen zu erhöhen. Allerdings würde das auf Kosten des Besitzes gehen, und der Ausbau des Branntweinmonopols würde die Profite der Agrarier beschneiden; davor scheuen die herrschenden Gewalten immer noch zurück. Ein widersinniger und kostspieliger Luxus ist die deutsche Kleinstaaterei. Würde mit den vielen Länderregierungen und Länderparlamenten aufgeräumt, dann würde nicht nur sehr viel Geld erspart, die völlige Einheitlichkeit des Rechtes würde auch sehr wesentliche Vorteile für die gesamte Bevölkerung Deutschlands bringen.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung am 24. November einstimmig die folgende Entschliebung angenommen:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß zum Ausbau der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft vorläufig noch der Zustrom ausländischer Kredite unentbehrlich ist. Er muß deshalb mit Bedauern feststellen, daß der weitere Zufluß dieser Kapitalien in jüngster Zeit durch mannigfaltige Maßnahmen und Reden gefährdet worden ist. Insbesondere hält er die Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Kommunen, die mehr politischer Voreingenommenheit als wirtschaftlicher Erwägung zu entspringen scheint, um so weniger für berechtigt, als die Höhe der von den Kommunen aufgenommenen Auslandsschulden beispielsweise nicht den Betrag übersteigt, den das Deutsche Reich ebenso freigebig wie unberechtigt der Ruhrindustrie geschenkt hat.

Die Zins- und Amortisationslast, die für die Gesamtheit der Auslandskredite aufzubringen ist, gefährdet die deutsche Währung nicht. Wohl aber bedeutet jede Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die öffentliche oder private Wirtschaft Deutschlands eine Gefährdung der Konjunktur. Im allgemeinen nutzen kommunale Auslandsanleihen der Volkswirtschaft im gleichen Maße, wie es ebenso allgemein — private Auslandskredite tun. Die Gewerkschaften halten insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbauens, dessen Förderung dringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspringt, durch Aufbringung sowohl von öffentlichen Mitteln als auch von Auslandarleihen für eine dringende und auch durchaus produktive Ausgabe.

Der Reichshaushalt ist in seinen Einnahmen weit über den Voranschlag hinausgekommen. Leider hat sich dabei wiederum gezeigt, daß die tatsächliche Besteuerung noch weit unsozialer ist als der Voranschlag. Diejenigen Steuern, die unter der Bezeichnung der Massensteuern zusammenzufassen sind, haben unverhältnismäßig hohe Beträge ergeben, müssen daher in erster Linie abgebaut werden. Insbesondere ist alsbald die bereits gesetzlich vorgeschriebene Abänderung der Lohnsteuer in Angriff zu nehmen, desgleichen eine Senkung der die Lebenshaltung einengenden Zölle.

Der Ausgleich im Haushalt ist durch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, durch zweckentsprechenden Ausbau des Branntweinmonopols und durch eine auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten beruhende Umgestaltung der Verwaltung in Richtung auf den Einteitsstaat herbeizuführen. Bis dahin sind die Beträge, die das Reich den Ländern zur Verfügung stellt, keinesfalls zu vermehren und die Mehrüberweisungen der letzten Zeit wieder abzubauen.

Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird es zur Pflicht gemacht, vorbehaltlos und in jeder Weise das Streben nach der deutschen Reichseinheit zu fördern.

Diese Entschliebung enthält nur einige der markantesten Punkte, an denen der Hebel anzusetzen ist, um den Ausbau der produktiven Kräfte zu fördern und Schädigungen von der Wirtschaft fernzuhalten. Sie ist kein erschöpfendes Programm, aber eine bedeutsame Kundgebung, die zum Ausdruck bringt, daß die Arbeiterschaft den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft kennt, und daß sie entschlossen ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Gang der Politik dahin zu beeinflussen, daß sie sich zum Vorteil der Wirtschaft und der wertvollen Bevölkerung auswirkt.

Arbeitskraft und Technik

Wenn von den in der Wirtschaft tätigen Produktionskräften geredet wird, versteht man darunter in der Regel lediglich die zur Anwendung gelangenden technischen Kräfte. Das entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Der Begriff „Produktionskräfte“ geht wesentlich darüber hinaus. Nach Marx fallen darunter alle Kräfte, die dem Produktionsprozeß dienen. Das sind sowohl die Naturkräfte, technischen Kräfte als auch die tierische und menschliche Arbeitskraft. Letztere nimmt unter allen Produktionskräften die wichtigste Stellung ein. Das trifft nicht nur für die rein körperliche, sondern auch für die geistige Arbeitskraft zu, da der Arbeitsprozeß selbst auf verhältnismäßig primitiver Grundlage, vor allem aber in der gegenwärtigen Wirtschaft Kopf- und Handarbeit vereinigt und in der Regel voneinander unzertrennlich macht. Anfänglich ist — wie Marx in seinem „Kapital“ ausführt — die menschliche Arbeitskraft und Naturkraft ein Ausfluß der leiblichen Beschaffenheit des Menschen. Im späteren Entwicklungsgang wird sie dagegen immer mehr zu einer gesellschaftlich bestimmten, qualifizierten Kraft. Denn indem der Arbeiter auf die Natur einwirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur. Er entwickelt die in ihm schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte seiner eigenen Notmäßigkeit.

Die heutige menschliche Produktionskraft ist daher, wie Cunow in seinem Buche „Die Marxsche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatstheorie“ des näheren ausführt, ein historisches Entwicklungsprodukt. Sie hat sich in jahrtausendlangem Entwicklungsgange zu immer größerer Leistungsfähigkeit herausgebildet. Obwohl die Technik im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung die Arbeitsweise nach den verschiedensten Richtungen vereinfachte und vervollkommnete, ist dadurch der Arbeitsprozeß selbst im allgemeinen keineswegs einfacher geworden. Die Arbeitsleistung des Arbeiters in der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion besteht daher nicht nur — wie vielfach irrtümlich angenommen wird — in der bloßen Herausgabe einfacher menschlicher Arbeitskraft. Wäre es der Fall, so bestände kein Hindernis, den modernen Industriearbeiter mit seinen Kulturbedürfnissen ohne weiteres durch den auf niedrigerer Kulturstufe stehenden Halbwilden zu ersetzen. Das ist unmöglich und beweist, daß auch die einfachste Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß eine Reihe erworbener Kenntnisse und Geschicklichkeiten, Eigenschaften und Gewohnheiten voraussetzt, deren Veranbildung das Resultat einer langwierigen Entwicklung ist, über die auch die heutige hochentwickelte Technik nicht hinweghelfen kann. Im Gegenteil — je mehr sich die Technik entwickelt,

um so höhere Anforderungen stellt sie an die menschliche Arbeitskraft und fordert eine Steigerung ihrer Anpassungsfähigkeit, um den beabsichtigten Nutzeffekt zu erreichen.

Dies Tatsache wird sehr oft nicht beachtet, was zu dem Glauben verführt, die heutige Technik sei imstande, jede selbst die qualifizierte körperliche Arbeitskraft durch unqualifizierte Arbeiter zu ersetzen. Das ist nur sehr bedingt der Fall. Hier und da gelingt es. Was aber an qualifizierter Arbeit durch die Mechanisierung der Produktion auf der einen Seite verdrängt wird, muß auf der anderen Seite wieder ersetzt werden. Nicht anders ist es ganz allgemein! Die Technik ist nicht imstande, die menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen. Wenn in gewissen Fällen der Eindruck hervorgerufen wird, als wenn dieses Ziel erreichbar wäre, so beruht das auf Täuschung. Im anderen Falle würde es längst keine Arbeiter mehr geben, denn die ganze Jahrtausendelange technische Entwicklung ist eine ununterbrochene Kette solcher Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft. Sie begann mit den plumpen Werkzeugen, deren sich der Mensch zur Erleichterung seiner Arbeit bediente, und setzt sich fort bis auf den heutigen Tag, wo diese Werkzeuge zu komplizierten Maschinen geworden sind. Alles, was aber so als Verdrängung von Arbeitskraft auftritt, ist im Grunde genommen nur eine Verschiebung der Arbeitskräfte von dem Punkte, wo sie überflüssig wurden, zu jenem, an dem diese Verschiebung neue Nachfrager nach Arbeitskräften entstehen läßt. Unter diesen Umständen haben sich auch die jeweils im Gefolge von Erfindungen und technischen Neuerungen auftretenden Befürchtungen über die Überflüssigmachung der menschlichen Arbeitskraft niemals verwirklicht, sondern sind stets gegenstandslos geworden. Die Zahl der Menschen hat nicht abgenommen, sie ist im Gegenteil gewaltig gewachsen, ein Beweis dafür, daß sich der Lebenspielraum wie die Betätigungsmöglichkeit für die menschliche Arbeitskraft ständig erweitert. Neue Menschen, neue Bedürfnisse!

Verschiebungen dieser Art, hervorgerufen durch die technische Entwicklung, fanden zu allen Zeiten statt. Der Mensch, der den Baumast als erstes primitives Werkzeug zur Keule, zur Lanze umformte, den Stein zum mit Stiel bewehrten Hammer ausbildete, empfand die dadurch in seinen Lebensgewohnheiten eintretende Wandlung nur als Vorteil, und die auf den Gebrauch dieser verbesserten Werkzeuge erforderliche Einstellung verursachte ihm keine Schwierigkeiten. Nicht anders verhält es sich bei ihrer weiteren Ausbildung zum Grabstein und Pflug. Diese Produktionsmittel waren sein Eigentum, und ihre Verbesserung diente dazu, seine Lebensannehmlichkeiten zu erhöhen. Der technische Fortschritt war für ihn ein Vorteil! Bei dem modernen Arbeiter liegen die Verhältnisse wesentlich anders, besonders wo ihn die technische Vervollkommnung der Produktionsmittel aus seiner gewohnten Arbeit hinausdrängt. Ihm gehören die Produktionsmittel nicht, und selbst wenn es der Fall wäre, so würden sie ihm, sofern sie von der technischen Entwicklung überholt werden, nichts nützen, weil er sich infolge seiner Besitzlosigkeit andere und bessere nicht anschaffen kann. Bei der Unübersichtlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise vermag er auch nicht zu übersehen, wo sich infolge der eingetretenen technischen Änderungen für ihn anderswo Lücken geöffnet haben, in die einzutreten er imstande wäre. Selbst wo sich ihm solche Lücken bieten, kann er sie nicht ohne weiteres benutzen, weil es ihm dazu an der erforderlichen Eignung fehlt. So treten derartige Verschiebungen im Produktionsprozeß für ihn als Verdrängung seiner Arbeitskraft auf, seine Arbeitskraft erscheint ganz oder vorübergehend als überflüssig, selbst wenn an irgendeiner Stelle ein Bedarf danach besteht.

Ein bezeichnendes Beispiel dieser Art bietet die sich in den letzten Jahren vollziehende Rationalisierung der Produktion. Ohne Zweifel sind durch die in ihrem Gefolge eintretende Intensivierung der Produktion Tausende von Arbeitskräften aus ihrer bisherigen Tätigkeit verdrängt worden. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit trat ein. Dennoch waren alle die Millionen Arbeitskräfte, die sich vergebens anboten und öffentlich unterstellt werden mußten, nicht überflüssig. Der Verlauf des Rationalisierungsprozesses zeigt es! Die Arbeitslosigkeit erreichte einen früher niemals gekannten Höhepunkt. Dann aber ging sie rapide zurück. Das erscheint vielen als Rätsel! Der Vorgang erklärt sich jedoch sehr einfach dadurch, daß jede technische Vereinfachung und Verbesserung der Produktion notwendig deren Verbilligung nach sich zieht und dazu nötigt, die Preise der Waren herabzusetzen. Auf diese Weise entsteht neue Kaufkraft, desgleichen regen sich neue Bedürfnisse, die in ihrer Auswirkung eine Erweiterung der Nachfrage nach sich ziehen. Diese Erweiterung beschränkt sich nicht nur auf das durch die technischen Änderungen berührte Gebiet, sondern greift auch auf andere über, wodurch auch hier wieder Arbeitskräfte in Verwendung kommen.

Unter diesen Gesichtspunkten verlieren die technischen Umwälzungen für die Arbeiter ihren Schrecken. Sie sind überaus notwendig, wenn die Arbeiterklasse auf eine höhere soziale Stufe gehoben werden soll. Ihr sozialer Aufstieg kann nur in dem Umfange erfolgen, wie sich die Produktion erhöht und mehr Produkte zur Verteilung zu bringen gestattet. Die Technik und ihre fortschrittliche Entwicklung bilden daher an sich keine Gefahr für die Arbeiterklasse. Was diese Gefahr hervorruft, ist nur der Kapitalismus, der die Produktionsmittel nicht zur Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse, sondern zu seiner Bereicherung anwendet. In diesem Bestreben denkt er nicht daran, die durch den technischen Fortschritt verbesserte und beschleunigte Produktion zur Bereicherung der Warenpreise zu benutzen. Vielmehr sucht er eine Verbilligung möglichst zu verhindern. Das geschieht

bei der gegenwärtigen Monopolwirtschaft der Kartelle im weiten Umfange mit Erfolg. So besteht zwar eine hohe Produktionsfähigkeit, die aber nicht zur Entfaltung gelangen kann, weil die Hochhaltung der Warenpreise die Kaufkraft der Verbraucher niedrigerhält und das Entstehen neuer Bedürfnisse unterbindet. Damit wirkt diese kapitalistische Monopolpolitik im höchsten Maße kultur- und fortschrittsfeindlich, verkehrt die Segnungen der Technik in ihr Gegenteil.

Wenn es trotz alledem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsgelht, so deswegen, weil der kapitalistische Monopolismus doch noch gewisse Lücken aufweist, in die der Wettbewerb eindringen und das monopolistische Gefüge lockern kann. Außerdem ist auch der Monopolismus gezwungen, den Verbrauchern Konzessionen zu machen, wenn er keinen gewaltsamen Zusammenbruch erleiden will. Gleichwohl kann sich die Technik nur voll zum Segen der arbeitenden Menschheit auswirken, wenn sie von dem kapitalistischen Gewinnstreben losgelöst und in den Dienst der Gemeinschaft gestellt wird.

Mundleimerinnen.

Nur wenige wissen heute, was Mundleimeret ist. Bei der Mundleimeret handelt es sich um eine in der Pianomechanikindustrie übliche Teilbeschäftigung, die ausschließlich von weiblichen Arbeitskräften, den sogenannten Garnierinnen, ausgeübt wird. Zur Schalldämpfung werden die hölzernen Achsenlager, welche die Klavierlasten mit den Anschlaghämmern verbinden, mit roten Luchstreifen gepolstert. Der Luchstreifen wird mit Leim auf dem Holz befestigt. Hierzu verwenden die damit beschäftigten Arbeiterinnen Leimstangen von 7 bis 10 Zentimeter Länge und 1 bis 4 Zentimeter Breite, die sie durch Erwärmen zwischen den Lippen zur Lösung bringen. Auf den Luchstreifen wird dann der Leim aufgetragen. Die Bezeichnung „Mundleimeret“ beruht auf der Art des Erwärmens der Leimstange. Daß diese Arbeitsweise nicht nur unappetitlich ist, sondern auch gesundheitliche Gefahren in sich birgt, liegt auf der Hand, um so mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Leimstangen teilweise aus gewöhnlichem Tischlerleim bestehen. Die Hauptmasse des Mundleimes wird aus dem sogenannten Leimgut gewonnen. Das sind Abfälle aus Gerbereien und aus der Handschuh- und Filzfabrikation sowie Kagen- und Hundeseffe, Ochsenfische, Gedärme- und Lederabschnitte von Sattlern, Kürschnern usw.

Der früher in der Gewerbetrankenabteilung des Auguste-Viktoria-Krankenhauses zu Berlin-Lichtenberg tätige Dr. rer. pol. Wolfgang Straube hat eine Inaugural-Dissertation, „Die Mundleimerinnen“, verfaßt, in der er die Wirkungen der „Mundleimeret“ auf die Arbeiterinnen behandelt. Vom ärztlichen Standpunkt aus weist er die großen gesundheitlichen Schädigungen der Arbeitsweise nach. Dr. Straube hat eine ganze Anzahl Mundleimerinnen, und zwar rund 40, die ihm teilweise von seinem Verband zugeführt wurden, über ihre Tätigkeit und über die von ihnen damit in ursächlichen Zusammenhang gebrachten Beschwerden befragt und, soweit es angebracht schien, eine körperliche Untersuchung vorgenommen. In seiner Schrift macht er nähere Angaben über das Ergebnis und sagt u. a.:

„Schon äußerlich bot sich ein wesentlich anderes Bild, ob die Arbeiterin gerade mit der Mundleimerarbeit begann oder dieselbe schon ein oder zwei Stunden hindurch ausgeführt hatte, ob eine neue Leimstange angefangen war oder ob schon mehrere Zentimeter derselben „verleimt“ worden waren. Mit fortschreitender Arbeitszeit überzieht sich ein Teil der Lippenhaut mit dem durch die Körperwärme in Lösung gehenden Leim und einem sich mehr und mehr verdichtenden Kranz von Wollfasern, die beim Bestreichen des Luchstreifens zunächst an der Leimstange haften geblieben sind und dann weiter auf den klebrigen Lippenrand übertragen werden. Vergleicht man die Lippenpartie einer Arbeiterin am Ende der Arbeitszeit mit einem Leimstangenrest, so wird man betreffs der Dichte und des Aussehens des Faserfaumes kaum einen Unterschied feststellen können. An beiden Stellen ein mit Staubpartikeln und Feuchtigkeit durchsetzter, mißfarbener Kranz. Zwar gaben die Arbeiterinnen durchgehend an, daß die Zunge mit dem Leim nicht in Berührung komme, wofür ein gegenteiliger Beweis nicht zu erbringen ist. Eigene Beobachtung zeigte aber, daß im Augenblick der Leimübertragung auf den Luchstreifen immer und immer wieder unbewußt und blühschnell, fast reflexartig, die Zungenspitze den Lippenrand und damit den Faserkranz berührte, um die Trockenheit und das Spannungsgefühl zu beseitigen. Es bleibt natürlich nicht aus, daß dabei Leim- und Faserpartikel tiefer in das Cavum oris (Mundhöhle) und von da aus in die Luftwege bzw. den Oesophagus (Speiseröhre) gelangen. Doch stellt dies nicht den einzigen Weg dar, wie Leim und Wollfasern in den Verdauungskanal gelangen. Es ist daran zu denken, daß Teile des bisweilen die Zahnrreihe überragenden Leimstückes im Speichel direkt in Lösung gehen und mit diesem verschluckt werden. Besonders auf jüngere und ungeübtere Arbeiterinnen dürfte dies zutreffen, da eine große Gewöhnung dazu gehört, die Leimstange fortgesetzt dem Mundsekret fernzuhalten. . . .

Bei Besprechung des von den Arbeiterinnen benutzten Materials wurde übereinstimmend der deutsche, ohne Geschmackskorrigentien hergestellte Mundleim bevorzugt, da auf die Dauer eher der etwas fade Leimgeschmack zu ertragen ist als bei fortgesetztem Gebrauch zu Erbrechen reizende Stoffe oder der pfefferminzähnliche Mentholgeschmack. — Erbrechen als Dauerzustand wurde von keiner Patientin mehr angegeben, dagegen klagten 17 über erhöhten Speichelausfluß nach der Arbeit, 20 über Nachlassen des Appetits und 24 über Völlegefühl im Magen. Sämtlich Beschwerden, die bei längerer Unterbrechung der Arbeit prompt ausblieben. 4 Arbeiterinnen hingegen klagten über eine Veränderung ihres Geschmacks als Dauerzustand. In bezug auf die Respirationsorgane (Atemungsorgane), deren Reizzustand weniger auf den Leim als auf Staub- und Luchpartikel zurück-

zuführen sein dürfte, wurden 14mal besonders vor Eintritt in die Beschäftigung nicht vorhanden gewesene Anfallsgele für Erkältungskrankheiten und 31mal Nigel im Halse und starker Hustenreiz nach der Arbeit angegeben. In 27 Fällen wollen die Arbeiterinnen in dem durch Hustenstoffe verursachten Auswurf kleinste Faserchen und rote Punkte beobachtet haben. — Mehr als drei Viertel der Arbeiterinnen klagten endlich über ganz auffälliges Schlechterwerden der Zähne, und zwar seien es vor allem die Schneidezähne und unter diesen wieder die medialen des Oberkiefers, die zuerst befallen wurden.“

Das Ergebnis der Untersuchung der Zähne entsprach vollkommen den Angaben der Garnierinnen. Trotzdem Anzeichen einer verhältnismäßig guten Mund- und Zahnpflege vorhanden waren, trugen 19 von 41 künstlichen Zahnerfah mit vorwiegender Ergänzung der Schneidezähne, 8 Unterkieferprothesen standen 11 Oberkieferprothesen gegenüber.

Dr. Straube sagt als Endergebnis, daß nach der an erster Stelle zu nennenden Schädigung der Atmungsorgane, vor allem in Form der chronischen Bronchitis, und ferner neben den dyspeptischen Beschwerden (Verdauungsbeschwerden) der Karies der Zähne (Auchzahn) als pathognomisch (Krankheit erzeugend) für die Mundleimerarbeiterschaft zu bezeichnen ist. Diese beiden Erkrankungen lassen die Mundleimeret in der zurzeit ausgeübten Form vom ärztlichen Standpunkt aus als durchaus abänderungsbedürftig erscheinen.

Eine vom Verbandsvorstand vorgenommene Umfrage zu Anfang dieses Jahres hat ergeben, daß noch in verschiedenen Orten der Pianomechanikindustrie, so auch in Berlin und Liegnitz, Mundleimerinnen beschäftigt werden. Im letzteren Orte ist jetzt auf Veranlassung der Gewerbeaufsicht die Mundleimeret unterbunden. Bereits vor Monaten haben wir uns an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe mit einer Anfrage nach Maßnahmen, welche gegen die Mundleimeret getroffen worden sind, gewandt. Die Antwort des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe datiert vom 9. März 1927. Sie lautet:

„Nachdem festgestellt worden ist, daß in den Leipziger und Zeitzer Pianomechanikfabriken die früher meist auch in diesen Betrieben übliche „Mundleimeret“ nicht mehr angewandt wird, habe ich angeordnet, daß in den preussischen Bezirken (Berlin und Liegnitz), in denen die Mundleimeret noch vorkommt, auf ihre Beseitigung hingewirkt wird.“

Bei der an die Stelle der Mundleimeret getretenen Handleimeret werden bereits verschiedene Verfahren angewandt, deren Auswahl den einzelnen Firmen überlassen bleiben muß.“

Die Arbeiterschaft selbst und vor allem auch die Betriebsräte müssen darauf dringen, daß die Mundleimeret, diese mittelalterlich anmutende, gesundheitschädigende Arbeitsmethode, abgeändert wird. Eine Änderung ist möglich; denn in einer Reihe Betriebe der Pianomechanikindustrie benutzt man schon heute nicht mehr den sogenannten Mundleim, sondern einen flüssigen Leim, der mit mechanischen Hilfsmitteln auf die benutzten Luchstreifen aufgetragen wird.

Bei den Spielwarenarbeitern im Erzgebirge.

Die Zeit ist wieder da, da Vater und Mutter allerhand schöne Sachen kaufen, die dann, alter Sitte gemäß, „der Weihnachtsmann den Kindern schenkt“. Das alte Märchen sagt, daß der Weihnachtsmann im tiefen, tiefen Winterwalde wohne und von dort her seine tausend schönen bunten Sachen bringe. Das ist aber beinahe kein Märchen mehr, sondern erinnert an die Wahrheit, soweit die erzgebirgischen Holzspielwaren in Frage kommen. Und wo der „Weihnachtsmann“ seine Einkehr hält, da bringt er bestimmt auch ein Spielzeug, das in einem einsamen Erzgebirgsdorf hergestellt ist.

Die erzgebirgischen Spielwarenbörsen liegen weit hin auf dem Gebirge zerstreut, und zur Winterzeit sind die Dörfer einsam und still eingebettet in tiefem Schnee. Von den Höhen herunter blickt der verschneite Wald. Und wenn im Abenddämmer die Eisgestalten zu wandern beginnen, wenn die vielen kleinen Lichter aus den Arbeitsstuben in das Dunkel strahlen und der Schnee kimmert, dann ist es hier wahrhaftig wie im Märchenland.

Den schmalen Bergsteig hinauf schleppt eine Frau eine schwere Last im hochbepackten Tragkorb. Sie kommt am Abend aus Jöhstadt zurück, wo sie neue Heimarbeit geholt hat.

Denn nicht in großen Fabriken werden all die tausend und aber tausend schönen Sachen fabriziert, sondern in den kleinen Schindelhäusern am Berghang hocken die Menschen den ganzen lieben langen Tag um den Werkstisch und schnitzen in eifriger Arbeit: Pferde, große und kleine, Schafe und allerlei andere Tiere und Ställe dazu, Burgen und Pyramiden, und was dergleichen herrliche Sachen noch mehr sind.

Was sich hier „Fabriken“ nennt, das sind eigentlich nur die Sammel- und Versandorte der in den weithin zerstreut liegenden Dörfern hergestellten Produkte.

Die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsweise tritt selten so klar zutage wie hier. Denn diejenigen, die ganz sichtbar das Produkt vom Anfang bis zum Ende herstellen, verdienen kaum das zum Leben Notwendigste, während die „Fabrikanten“, die mit diesen Produkten „handeln“, durchaus reichlich verdienen.

Die Armut der Heimarbeitern in der erzgebirgischen Spielwarenindustrie ist fast sprichwörtlich bekannt, ebenso bekannt war aber auch die Anspruchslosigkeit, die „Zufriedenheit“ dieser Leute. Diese falsche Zufriedenheit war tatsächlich bis in die neueste Zeit hinein dort sehr aus-

geprägt. Die Menschen nahmen ihre Armut hin, als sei eine Änderung unmöglich, sie duldeten alles, was der „Fabrikant“ von ihnen verlangte und was er ihnen bot. Sie waren eben „ein Produkt ihrer Verhältnisse“.

Als unten in den Industrieteilen die gewerkschaftlichen Organisationen längst Fuß gefasst und nach und nach bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen hatten, kümmernte sich um die Heimarbeiter in den entlegenen Gebirgsdörfern noch kein Mensch. Niemand machte sie auf ihre erbärmliche Lage aufmerksam, niemand wies ihnen einen Weg zur Besserung ihrer Lebensverhältnisse. Und hier bewahrheitete sich ganz sichtbar die Erkenntnis, daß „es der Arbeiter gar nicht merit, wie schlecht es ihm geht, wenn man es ihm nicht sagt“.

Noch zu einer Zeit, als anderswo die gewerkschaftliche Aufklärung schon ziemlich weit vorgeschritten war, waren hier die Leute den Einflüsterungen allerhand religiöser Sekten leicht zugänglich. Und während anderswo schon laut freihetliche Kampflieder erklangen, sangen hier die armen Heimarbeiter noch fromme Kirchenlieder. Den „Fabrikanten“ freilich war diese eifrige „Seelenarbeit“ der vielen Sekten durchaus recht. Denn: von solchem Geist beeinflusste Menschen sagten für die erbärmlichsten Löhne ihren „Herren“ noch ein untertäniges Danke schön.

So wurden in der Spielwaren-Heimindustrie Löhne gezahlt, die jeder Beschreibung spotten. Ein Beispiel der Entlohnung, das noch gar nicht solange zurück liegt, sei hier angeführt: Die Heimarbeiter bekommen das Holz von dem Drechsler in schnitzbaren, runden Scheiben vorgearbeitet. Diese Scheiben mußten mitunter — je nach der Größe des Stückes — in 60 und mehr Tierprofile gespalten werden. Diese 60 Tiere waren dann zurechtzuschneiden, zu leimen, zu malen, zu verzieren. Für diese Gesamtarbeit war der Lohn 11 Pf. für das Schock (60 Stück). Von diesem Lohn aber ging die Verzahnung des Holzes an den Drechsler mit 7 Pf. ab, so daß in Wirklichkeit für Schnitzen, Leimen, Malen, Verzieren von einem Schock (60 Stück) Figuren 4 Pf. Arbeitslohn gezahlt wurden. Die ganze Familie, Mann, Frau, Kinder, brachten es zusammen auf etwa 150 Schock in der Woche, erreichten also einen Lohn von 6 Mk. Von diesen 6 Mk. gingen dann noch ungefähr 2 Mk. für Farbe ab. Wenn also die ganze Familie Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend unausgesetzt gearbeitet hatte, hatte sie am Wochenschluß 4 Mk. bis höchstens 5 Mk. verdient.

So war der Hunger im wahrsten Sinne des Wortes steter Gast bei den obererzgebirgischen Heimarbeitern. Und nur dem Waldreichtum ihrer Heimat hatten sie es zu verdanken, daß sie im Winter wenigstens ein warmes Zimmer hatten.

So war und ist auch heute noch das schöne Märchenland, von woher der Weihnachtsmann all die vielen schönen Sachen holt, in Wirklichkeit ein recht armes, armes Land.

Aber so schlimm, wie es früher war, ist es heute gewiß nicht mehr. Die Verhältnisse haben sich auch hier wesentlich geändert. Die Aufklärung ist auch hier herausgerückt, und der Deutsche Holzarbeiter-Verband, dem die erzgebirgischen Holzindustriearbeiter fast geschlossen angehören, hat durch sein zielbewusstes Wirken auch eine Besserung in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Heimarbeiter herbeigeführt. Und auch hier hat die Arbeiterchaft erkannt, daß nur durch die Stärkung der Gewerkschaft eine bessere Lebensgestaltung möglich ist.

Wenn man noch vor wenigen Jahren durch die armen Dörfer ging, da schlichen die Menschen hohlwangig und gedrückt einfer, und aus den kleinen Schindelhäusern klangen trübselige Kirchenlieder. Heute aber schreiten die Menschen schon freier und aufrechter dahin, und die Jugend wandert durchs Dorf und singt:

„Mit uns zieht die neue Zeit.“

Da aber kommen alte Weiber, männlichen und weiblichen Geschlechts, und klagen, daß mit der neuen Zeit die Poesie aus der Heimat verschwunden wäre. Unsinn!

Auch heute noch liegen die kleinen Schindelhäuser eingebettet im tiefen Schnee; auch heute noch wandern im Abenddämmer die Märchengestalten durch den Winterwald; auch heute noch leuchten die Lichter aus den kleinen Hütten; auch heute noch flimmert im Abendschein der Schnee. Und die Heimarbeiter schnitzen eifrig das ganze Jahr hindurch all die tausend schönen bunten Sachen, die zu Weihnachten der „Weihnachtsmann“ in die Welt hinaus trägt.

Und wenn auch dir, liebes Kind, der „Weihnachtsmann“ ein Spielzeug aus dem Erzgebirge auf den Tisch legt, dann würdest du dich viel mehr darüber freuen, wenn du wüßtest, daß die fleißigen Menschen, die all die schönen Sachen bauen, glücklich sind und keine Not leiden.

Heute freilich wirst du beim Anblick jeder Puppe und jedes Spielzeugs an darbenende Menschen erinnert, und die mit den Heimarbeitern in der Spielwarenindustrie verbundene Hungerpoesie läßt dich selber nicht recht glücklich sein, wenn du ein denkendes Kind bist. . . . E. S.

Wann besteht ein Anspruch auf Ermäßigung der Lohnsteuer?

Nach dem Einkommensteuergesetz kann der steuerfreie Lohnbetrag um 12 Mk. wöchentlich, 50 Mk. monatlich und 600 Mk. jährlich erhöht werden, wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere: außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt oder Erziehung einschließlich Berufsausbildung der Kinder,

durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt, die durch Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind.

Das Gesetz führt diese Fälle nur als Beispiele auf, daneben kann es noch viele andere Umstände geben, welche die Steuerpflichtigen geldlich wesentlich belasten und somit den Anspruch auf Erhöhung des steuerfreien Betrages begründen. Auch in zweifelhaften Fällen hat der Steuerpflichtige das Recht, einen entsprechenden Antrag beim zuständigen Finanzamt zu stellen.

Sanierungsmethode Schacht.



Die Industrie will Gelder leih'n?
Herr Schacht trunpft auf und donnert: Nein!
Und die Kommunen wollen's auch?
Es sagt der Schacht: Das ist nicht Brauch!
Welch Luxus wär' es über Art!
Hier wird saniert und wird gespart.
Jedoch für den Reichswehretat
Ist Geld in aller Fälle da.
Manch neues Kriegsschiff liegt auf Doch.
Verschönert wird der bunte Rock
Durch Treffen, bunten Schlips und Kragen.
Dir sind begütert — sozusagen.
Der Bürgerblock bewilligt es,
Und Hjalmar Schacht, der — billigt es!
Herr Schacht, Sie lösen das Problem
Canz sicher nicht mit dem System.
Hennig Düberradt.

Für die Anträge ist eine bestimmte Form nicht vorgeschrieben, notwendig ist aber eine ausführliche Begründung. Für Angaben, deren Richtigkeit sich nicht von selbst versteht, sind die Unterlagen beizufügen. Die Steuerkarte muß unbedingt mit eingereicht werden, damit das Finanzamt darauf vermerken kann, um wieviel der steuerfreie Betrag erhöht worden ist. Der Antrag kann jederzeit gestellt werden, sobald eben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Für alle Umstände, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen dauernd beeinträchtigen, empfiehlt es sich, den Antrag für das nächste Jahr sofort nach Erhalten der neuen Steuerkarte zu stellen. Wenn das Finanzamt den Antrag abweist, ist Beschwerde beim Landesfinanzamt zulässig. Von dem Rechtsmittelwege sollte aber nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Unrichtigkeit der Entscheidung des Finanzamts offen zutage liegt. Dazu kommt noch, daß im Falle der Ablehnung der Beschwerde der Steuerpflichtige die Kosten der Entscheidung zu tragen hat.

Eine Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen kommt in Frage, wenn der Lohnsteuerpflichtige nachweist, daß seine tatsächlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der Werbungskosten und Sonderleistungen die Summe von 9,60 Mk. wöchentlich oder 40 Mk. monatlich übersteigen. Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Lohnes gemachten Aufwendungen. Zu diesen Aufwendungen gehören unter anderem: Fahrgeld von und zur Arbeitsstätte, auch die Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad, Ausgaben für Werkzeug und Berufskleidung. Abzugsfähige Sonderleistungen sind: Beiträge zu gesetzlichen oder privaten Versicherungen, auch zu Sterbekassen, Lebensversicherungsprämien auf den Todes- oder Erbensfall, Ausgaben für die Fortbildung im Berufe, Kirchensteuern, Verbandsbeiträge.

Für die Stellung des Antrages auf Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen gilt das gleiche wie beim Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages.

Erweiterung der GEG-Genproduktion.

Die Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Consumvereine (GEG) hat die Fleischwarenfabrik Bölls A.-G. in Oldenburg-Hunte käuflich erworben. Die Bölls A.-G. ist die größte und modernst eingerichtete Fleischwarenfabrik Deutschlands und Europas. Nur in Amerika gibt es größere Unternehmungen dieser Art. Die neue GEG-Fleischwarenfabrik umfaßt ein Grundstück von 100 000 Quadratmeter, dazu kommt noch ein nicht im unmittelbaren Zusammenhang erworbenes Gelände von 25 000 Quadratmeter Fläche. Die vorhandene Nutzfläche der Gebäude beträgt 25 000 Quadratmeter. Beschäftigt können 1500 Personen werden. Täglich können 1500 Schweine und 100 Rinder geschlachtet und bei voller Ausnutzung des Betriebes für 300 000 Mt. Produkte hergestellt werden. Das Grundstück hat Gleisanschluss, eigene Dampfmaschine und Dynamos. Die vorhandenen Kältemaschinen besitzen eine Leistungsfähigkeit von 600 000 Kalorien. Die Versorgung mit Wasser geschieht von einem eigenen Wasserturm aus. Reparaturwerkstätten (Tischlerei, Schlosserei, Autowerkstatt, Lackiererei, Pantoffelmacherei) und Garagen sind vorhanden, ebenso ganz hervorragende Wohlfahrtseinrichtungen (Speiserräume, Bade- und Waschräume). Den Eindruck der Baulichkeiten charakterisiert man wohl am besten und kürzesten mit den Worten: Sie sehen aus, als hätte die Großverkaufs-Gesellschaft sie selbst gebaut.

Ein besonderer Vorzug des Wertes besteht darin, daß es einen eigenen Schlachthof besitzt. Aus den Stallungen kommen die Tiere unmittelbar in die Schlachthanlagen und auf schnellstem Wege in den Fabrikationsprozeß, dessen einzelne Phasen sich in den Einzelbetriebsanlagen rationell vollziehen.

An dem Beispiel Bölls A.-G. zeigt sich wieder einmal deutlich, was es mit der „rationalen Wirtschaftsführung“ in privattkapitalistischen Betrieben auf sich hat. Ohne Rücksicht darauf, ob ein ausreichender Bedarf vorhanden war, wurde seinerzeit das Riesenunternehmen unter Aufwand gewaltiger Kapitalkommen gegründet. Nun, nachdem der Privattkapitalismus seine Unfähigkeit nachgewiesen hat, das Wertrentabel zu gestalten, übernimmt die Großverkaufs-Gesellschaft als Treuhänder der organisierten Verbraucherschaft den Betrieb. Und die organisierten Verbraucher werden zeigen, daß sie besser zu wirtschaften verstehen als der Privattkapitalismus.

Die Übernahme der Bölls A.-G. durch die organisierten Verbraucher ist ein neuer Beweis für die Überlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsweise.

Wachsen und Leistungen der Volksfürsorge.

Die „Volksfürsorge“, die Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterchaft, hat in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres rund 310 000 Anträge auf Volks- und Lebensversicherungen erhalten, davon im Oktober allein 33 000. Gegenwärtig zählt die „Volksfürsorge“ einen Bestand von etwa 950 000 Versicherungen mit etwa 350 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Die erste Million Versicherter ist also bald erreicht. Durch solche erfreuliche Fortschritte wird die Volksfürsorge immer mehr eins der größten deutschen Lebensversicherungsunternehmen. — In diesem Jahre sind bis einschließlich Oktober rund 916 000 Reichsmark an Versicherungssummen ausgezahlt worden, davon entfallen rund 190 000 Reichsmark auf tödliche Unfälle.

Stahlhäuser.

Nach Zeitungsmeldungen werden von der Eisen- und Stahlindustrie Vorbereitungen getroffen, um die Produktion von Stahlhäusern in großem Umfange ausnehmen zu können. Nach dem vorläufigen Produktionsprogramm sollen jährlich etwa 1500 Stahlhäuser verschiedener Typen hergestellt werden, und zwar sieht das Produktionsprogramm die Typisierung von Einfamilienhäusern aus Stahl nach drei Arten vor: Ein Dreizimmerwohnhaus, ein Vierzimmerwohnhaus und ein Fünzimmerwohnhaus mit dem üblichen Zubehör. Dabei sind die Dächer so gehalten, daß sie im Bedarfsfalle noch ausgebaut werden können. Die Einheitspreise betragen für die drei Typen 6000 Mk., 8000 Mk. und 10 000 Mk.

Das Interesse für diese Stahlhäuser soll sehr groß sein, sowohl im Inlande als auch im Auslande. Insbesondere werden auch Angebote für Reihensiedlungen verlangt. An der Produktion sind neben den Vereinigten Stahlwerken beteiligt die Firma Hamag-Reguin (Berlin) sowie die Berlinische Baugesellschaft, die für den Osten arbeiten, während die Firma Gebrüder Achenbach (Weidenau) für den Westen arbeitet. Es ist geplant, die Interessen der einzelnen Firmen an dieser Produktion in einer besonderen Stahlhaus-Baugesellschaft zu vereinigen. Sitz dieses Unternehmens wird Duisburg.

In England soll es schon einige hundert oder tausend Stahlhäuser geben. In Deutschland gibt es einige Versuchshäuser aus Stahl. Aber die mit ihnen gemachten Erfahrungen gehen die Meinungen auseinander. Vor einigen Monaten hat die Reichsregierung mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichstags eine Reichsforschungsstelle für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ins Leben gerufen. Aber die Arbeiten dieser Forschungsstelle, die 10 Millionen Mark Reichsgelder zur Verfügung gestellt bekommen hat, hört man nichts. Da in der Öffentlichkeit Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob dem Stein-, Holz- oder Stahlhaus der Vorzug zu geben ist, müßte die Forschungsstelle, wenn sie nutzbringende Arbeit leisten will, zunächst mal diese Frage klären. Denn es liegt doch wirklich nicht im Interesse der Volksgesamtheit, daß eine Unternehmerrgruppe durch gezielte Propaganda auch Leute findet, die sich aus irgendwelchem Material ein Haus bauen lassen, allein zu Ruh und Frommen gewinnflüchtiger Unternehmer.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Infolge Umstellung unseres bisherigen Fernsprechanalles auf den Selbstanschlußbetrieb ist jetzt unser neuer Telefonanschluß **Am 3 a n n o w i h 6 2 4 6**.

Bei der Wahl für die in Nummer 41 und 43 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ausgeschriebenen Gauvorsteherstellen im Gau Magdeburg und im Gau Nürnberg sind vom Vorstand und Verbandsauschuß gewählt worden:

- Für den Gau Magdeburg: **Artur Naumann**, Lokalbeamter in Klingenthal.
- Für den Gau Nürnberg: **Louis Mädel**, Lokalbeamter in Gera.

Wir bitten die übrigen Bewerber, von dem Ausgang der Wahl auf diesem Wege Kenntnis zu nehmen, da eine direkte Benachrichtigung nicht erfolgt.

Durch gemeinsamen Beschluß des Vorstandes und Verbandsauschusses soll der Gau Magdeburg mit zwei Gauvorstehern besetzt werden. Als weiterer Gauvorsteher für den Gau Magdeburg ist der Kollege **Willy Dittmann**, bisher Hilfsarbeiter im Gaubureau Magdeburg, vom Vorstand und Ausschuß gewählt worden. **Der Vorstand.**

Reichskonferenz der Parlettleger.

Am Sonntag, dem 27. November 1927, traten 22 Vertreter der Parlettleger aus allen Gauen Deutschlands in Frankfurt a. M. zusammen, um über den organisatorischen Aufbau der Branche, über Fragen der Agitation und andere wichtige Branchenangelegenheiten zu entscheiden, und um Stellung zu nehmen zu der zukünftigen Lohn-, Akkordtarif- und Vertragspolitik.

Der Bericht des Branchenleiters, Kollegen **Ansoerge**, zeigte die Aufgabe der Branchenabteilung, welche Stellung sie innerhalb der Organisation einnimmt, und was die Branchenabteilung seit Auflösung der Zentralkommission für die Branche getan hat, um den örtlichen Sektionen ihre Aufklärungs- und Agitationsarbeit zu erleichtern. Daß die Branchenabteilung nützliche und notwendige Arbeit leisten kann, beweist das den Delegierten übergebene Informationsmaterial. Das Hauptgewicht der Branchenarbeit liegt bei den örtlichen Sektionen. Es kommt nicht darauf an, daß wie es von manchem Kollegen gewünscht wird, recht viele Leiter und Zentralleiter eingesetzt werden, sondern daß möglichst viel Kleinarbeit von möglichst vielen Kollegen geleistet wird. In der Aussprache fand der Bericht allgemeine Zustimmung, und neben manchen Anregungen für die weitere Agitation wurde auch von allen Delegierten die Verpflichtung übernommen, künftig der Branchenabteilung die zu nützlicher Arbeit notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Kollege **Schleicher** vom Vorstand referierte dann über die Lohn- und Vertragsverhältnisse im Parlettlegergewerbe. Er gab einen historischen Überblick über die Entwicklung des Vertragswesens im Beruf. Im Jahre 1920 sind die Parlettleger dem Reichstarif für die Holzindustrie unterstellt worden, und auch heute gilt der Manteltarif für den größten Teil der Parlettlegergeschäfte. Daneben bestehen noch Ortstarife und auch ein Bezirkstarif für die Parlettleger, die in das Gebiet des Mantelvertrages übergreifen. Die Konferenz muß deshalb Klarheit darüber schaffen, ob die Parlettleger aus dem Mantelvertrag herausgenommen werden sollen, oder aber, daß die Bestimmungen dieses Vertrages überall eingehalten werden. Die neben dem Mantelvertrag bestehenden selbständigen Parlettlegerverträge sind in vielen Beziehungen ungünstiger. Sogar die 1919 von einer Konferenz aufgestellten Vertragsvorschriften sind heute in einem Vertrag veraltet wiederzufinden. Der Mantelvertrag läßt genügend Spielraum, um das, was auf Grund der eigenartigen Arbeitsbedingungen einer besonderen Regelung bedarf — Ferien, Montagezuschläge, Akkordtarif — der Branche anzupassen. Der Unternehmerverband, mit dem ein Reichstarif für die Parlettleger abzuschließen wäre, hat die dazu notwendige Tragfähigkeit nicht nachweisen können. Andererseits hat er aber auch eine öffentliche Erklärung losgelassen, daß er nicht gewillt ist, sich dem zu fügen, was der Arbeitgeberverband der Holzindustrie und unser Verband vereinbart haben. Mit diesem Protest haben aber die Parlettlegergeschäfte die Allgemeinverbindlichkeit des Mantelvertrages nicht verhindern können. Auch die neue Fassung dieses Unternehmerverbandes, eines eigenen Entwurfs durchzuführen, der auch etwas Spielraum zum Hauseigen enthält, hat an Bedeutung nicht bei allen seinen Mitgliedern Zustimmung gefunden. Im Augenblick ist die Vertragsfrage bei den Parlettlegern nicht dringender. Trotzdem müssen wir einen Plan für eine zukünftige Tarifpolitik haben. Auch die bestehenden

Akkordtarife zeigen, wie notwendig ihre Vereinheitlichung ist. Es muß eine einheitliche Tarifform geschaffen werden.

In der sehr eingehenden Debatte wurden alle Vertragsmöglichkeiten besprochen. Als Ergebnis dieser Aussprache fand folgende Entschliessung einstimmige Annahme:

„Die am 27. November 1927 in Frankfurt a. M. tagende Reichskonferenz der Parlettleger Deutschlands sieht in dem Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe eine brauchbare Grundlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Parlettleger. Für den künftigen Ausbau des Mantelvertrages fordert die Konferenz bei der nächsten Vertragsbewegung eine Neuregelung der vertraglichen Montage- und Ferienbestimmungen unter Berücksichtigung der eigenartigen Arbeitsbedingungen im Parlettlegergewerbe.“

Die Konferenz beauftragt die Branchenabteilung, einen Entwurf zur Vereinheitlichung der Akkordtarife auszuarbeiten und den Entwurf den örtlichen Sektionen als Richtlinien für ihre Lohnbewegungen zu unterbreiten.“

Als Grundlage für eine Vereinheitlichung der Akkordtarife fand das System der Stabzahlberechnung pro Quadratmeter eine überwiegende Mehrheit. Auch einige andere Anträge kamen zur Annahme. Die Verhandlungen waren von großer Sachlichkeit getragen, mit manchen Mißverständnissen wurde ausgeräumt und auch Klarheit über die zukünftige Vertragspolitik geschaffen. Die Konferenz hat aber auch das Zusammengehörigkeitsgefühl neu gefestigt und so die Grundlage zur besseren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sektionen und der Branchenabteilung gelegt. Erfreulich war die Feststellung, daß in den meisten Parlettlegersektionen eine straffe Disziplin und ein guter gewerkschaftlicher Geist herrschen, wodurch in den Lohn- und Arbeitsbedingungen Zustände geschaffen wurden, die vielen anderen Berufen als Vorbild dienen können. Diese gute Eigenschaft auch dorthin zu übertragen, wo die Organisation zwar Fuß gefaßt hat, aber noch sehr lose ist und demzufolge auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch recht verbesserungsbedürftig sind, und auch auf die der Organisation noch fernstehenden Parlettleger zu übertragen, ist die wichtigste und nächste Aufgabe der örtlichen Branchenaktionen. **G. A.**

Vorsicht im Verkehr mit Reisevertretern.

In dieser Stelle ist wiederholt zur Vorsicht im Verkehr mit Reisevertretern geratet worden. Aber viele Kollegen beachten diese Mahnung nicht, sie glauben den schönen Worten der Reisevertreter. Der Schein, der angeblich zu gar nichts verpflichtet, wird unterschrieben, und dann ist es zu spät. Wie man dabei hereinfallen kann, zeigt folgender Fall aus jüngster Zeit:

Eines Tages kommt ein Reisevertreter zu einem Kollegen und bietet ein größeres Buchwerk zum Kaufe an. Den Kollegen interessiert das Werk, da es aber 420 Mk. kostet, kann er sich zum Kaufe nicht entschließen. Der Reisevertreter macht nun den Vorschlag, das Buch ganz unverbindlich zur Ansicht zu bestellen, der Kollege könne es sich dann in Ruhe ansehen und sich später endgültig entscheiden. Die Verlagsbuchhandlung habe nicht die Absicht, ihre Kunden zu übervorteilen, daher dieses große Entgegenkommen.

Unser Kollege war dieser Beteuerung gegenüber zunächst etwas mißtrauisch, als der Reisevertreter aber noch einmal und feierlich erklärte, die Verlagsbuchhandlung sende das Werk kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit zur Ansicht, unterschrieb der Kollege den vorgelegten Schein.

Der Reisevertreter zog nun befriedigt von dannen, denn er „hat gemacht ein Geschäft“. Der unterschriebene Schein war ein regelrechter und rechtsgültiger Kaufvertrag. Der Kollege erfährt das wenige Tage später, zu seinem größten Schrecken. Die Verlagsbuchhandlung dankt bestens für den erteilten Auftrag und ersucht, die erste Rate bis zum angegebenen Tage zu zahlen. Zunächst hofft der Kollege noch, daß hier ein Mißverständnis vorliegen muß. Er teilt der Verlagsbuchhandlung mit, daß er das Werk nur zur Ansicht bestellt habe. Postwendend kommt die Antwort: Der Schein, den Sie unterschrieben haben, ist ein Kaufvertrag. Wenn Sie die Raten nicht in der vereinbarten Weise zahlen, ist der Gesamtbetrag sofort fällig, und wenn dieser nicht gezahlt wird, erfolgt die Klage beim Gericht.

Einige Kollegen haben es auf eine Gerichtsentscheidung ankommen lassen. Das Ende vom Lied war ihre Verurteilung. Wenn der Kaufvertrag unterschrieben ist, dann besteht die Verpflichtung zur Abnahme der Ware. Dabei spielt es keine Rolle, daß der Reisevertreter feierlich erklärt hat, die Unterschrift habe nur die Bedeutung, daß der Kollege das Buch unverbindlich zur Ansicht wünsche. Worauf es ankommt, ist der Wortlaut des unterschriebenen Scheines.

Von den Kollegen, die auf diese Weise schwer gebrandmarkt werden, klagt uns nur ein Teil ihr Leid, aber auch diese Zahl ist schon recht groß. Wer nicht in die gleiche Gefahr kommen will, der lasse sich mit Reisevertretern überhaupt nicht ein. Bei Büchern kaufen will, der wende sich direkt oder durch Vermittlung der Ortsverwaltung an die Verlagsanstalt unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Diese besorgt alle im Buchhandel erschienenen Bücher zu Originalpreisen.

Sehr oft kommt es vor, daß in Abwesenheit des Mannes die Frau den Reisevertretern in die Finger fällt. Natürlich hat sie Bedenken, das Buch oder eine andere Ware zu bestellen, aber da der Reisende den Kauf als eine günstige Gelegenheit schildert, wird die Bestellung unterschrieben. Wenn der Mann nach Hause kommt, ist das Unglück geschehen. Es entsteht nun die Frage: Darf die Ehefrau solche Kaufverträge abschließen?

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten dem Manne zu. Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungsbereiches vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt.

Wenn die Ehefrau beim Reisevertreter eine Bestellung macht, macht sie diese im Namen des Mannes. Sie handelt als seine Vertreterin, und wenn der Mann ihre Handlung stillschweigend oder ausdrücklich billigt, so wird er dadurch in derselben Weise verpflichtet, als hätte er selbst den Vertrag abgeschlossen. Will er das nicht gelten lassen, so muß er der Verlagsbuchhandlung sofort mitteilen, daß er die Bestellung seiner Frau nicht genehmige. Dann hat die Firma keinen Rechtsanspruch auf die Erfüllung des von der Frau abgeschlossenen Kauf- oder Mietvertrages. Der Ehemann muß seine Erklärung aber sofort abgeben.

Am besten fahren die Frauen und Männer, die sich auf solche Reiseengeschäfte grundsätzlich nicht einlassen. Auf keinen Fall aber darf irgend etwas unterschrieben werden, bevor man sich den Inhalt des Schriftstückes genau angesehen hat. Also, Vorsicht!

Fünf Jahre Holzarbeiterjugend.

Unter diesem Titel ist das Protokoll über die Verhandlungen der ersten Jugendleiterkonferenz unseres Verbandes erschienen. Es bietet allen in der Juuendarbeit stehenden Mitarbeitern eine Fülle von Anregungen für die praktische Arbeit. Insbesondere sei auf das Referat unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen **Tarnow**, über „Die gewerkschaftliche und wirtschaftspolitische Erziehung unserer Jugend“ hingewiesen, das in aller Ausführlichkeit wiedergegeben ist. Die Schrift hat einen Umfang von 80 Seiten und kostet 30 Pf. Bestellungen sind an unser Jugendsekretariat zu richten.

Jubiläumsfeiern.

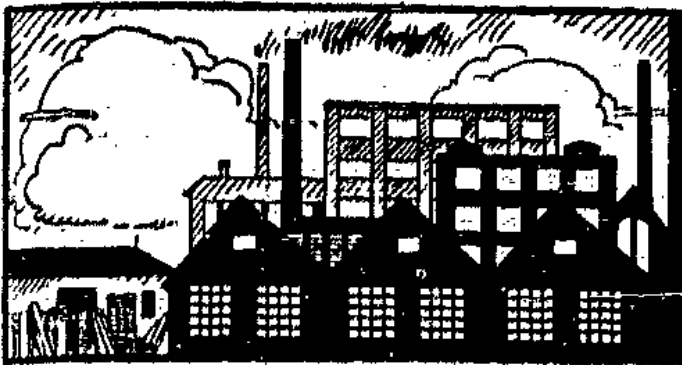
Zu Ehren der alten Verbandsmitglieder veranstaltete die Verwaltungsstelle **R o s t o c k** am 19. November eine Feier. Nicht weniger als 60 Kollegen sind es, die unserem Verband seit 25 Jahren und länger ununterbrochen angehören. In seiner Festansprache feierte der Gauvorsteher **Falkenberg** die alten Kollegen, von denen einige bis zu 39 Jahren bereits das Banner der Organisation hochgehalten haben, und denen es zu danken ist, daß die Kollegen in Rostock durchgängig unserem Verband angehören. Besondere Anerkennung sollte er dem Kollegen **Becker**, der nicht nur zu den ältesten Mitgliedern gehört, sondern auch seit 25 Jahren ununterbrochen in der Ortsverwaltung tätig ist. Das schön verlaufene Fest und insbesondere die Worte des Gauvorstehers machten einen sichtlich Eindruck auf die zahlreich erschienenen Kollegen und deren Angehörige. Es wird dazu beitragen, das enge Band, das die Kollegen in Rostock umschließt, noch fester zu knüpfen und die Verbandskreise der Mitglieder noch mehr zu kräftigen.

Die Verwaltungsstelle **S c h l e i z** veranstaltete am 26. November aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens eine gut gelungene Jubiläumsfeier. Fünf Jubilare konnten mit einem Diplom für treue Mitgliedschaft ausgezeichnet werden. Die Festrede hielt der Gauvorsteher Kollege **Werner**. Zur weiteren Verschönerung des Abends trugen noch die Freien Sängerköre mit bei durch Vortrag einiger dem Fest angepaßten Lieder. Alle Teilnehmer waren von dem Verlauf der Feier voll befriedigt.

Streik in Arnberg.

In den Räumen der früheren Eisenbahnwerkstätte in Arnberg in Westfalen ist jetzt eine Stuhlfabrik eingerichtet, deren Inhaber, es sind drei Herren, ihre Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der Arbeitslöhne begründen wollen. Als die Kollegen wegen Bezahlung der Vertragslöhne vorstellig wurden, wurde ihr Sprecher sofort entlassen. Darauf legten auch die anderen Kollegen die Arbeit nieder. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich Arbeitswillige finden. Löhne von 25 Pf. für gelehrte Schreiner sind wirklich nicht sehr begehrenswert.

*Mit Lußmann hinter Nummer 11
Aus 50. Dorfstraße, Wetzlar*



Holzindustrie



Mut zur Wahrheit.

Der Verein Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke E. V. (Sitz Berlin) ist die größte Unternehmerorganisation der Sägewerksindustrie, er zählt über 1500 Mitglieder. Aber nicht allein deshalb verdienen die Kundgebungen dieses Unternehmerverbandes unsere Aufmerksamkeit: Der Verein Ostdeutscher Holzhändler und Sägewerke wird von Männern geleitet, die sich nicht bloß darauf beschränken, schöne, den Mitgliedern angenehm in die Ohren klingende Worte zu machen, sie haben auch mal den Mut zur Wahrheit. Ein Beispiel dafür sind ihre Reden auf der Mitte November in Berlin abgehaltenen 33. Jahresversammlung. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Vorträge des Vereinsvorsitzenden Arthur Franke über „Hauffe oder Waiffe am Holzmarkt“ und des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Heller über „Die Strukturveränderungen in der Holzwirtschaft Mitteleuropas und ihre Folgen für den deutschen Holzmarkt“.

Auf dem deutschen Holzmarkt herrscht trotz der winterlichen Jahreszeit die schönste Frühjahrsstimmung. Die Rundholzpreise springen lustig in die Höhe. Viele Sägewerksbesitzer zahlen Preise, die zu den heutigen Erträgen für Schnittholz in gar keinem Verhältnis stehen. Anscheinend rechnen sie mit einer gewaltigen Verteuerung des Schnittholzes. Wir hoffen, daß diese Spekulation schlußschlägt. Herr Franke hat sich große Mühe gegeben, seinen Kollegen ins Gewissen zu reden. Mit Recht hat er darauf hingewiesen, daß die letzten Monate mit ihrer ungesunden Preisbildung der Sache des Holzes in seinem schweren Konkurrenzkampf gegenüber Eisen und Beton schwer geschadet haben. Je teurer das Holz ist, um so leichter wird es von jenen Rohstoffen verdrängt.

Der Sägewerksindustrie drohen hier zweifellos ernste Gefahren. Die Unternehmerverbände planen einen großen Propagandafeldzug für Verwendung von Holz. Erfolg werden sie damit nur haben, wenn es ihnen auf der anderen Seite gelingt, die Holzpreise dauernd so niedrig zu halten, daß die Verwendung von Holz vorteilhafter ist als die von Eisen und Beton. Die Waldbesitzer erzählen immer wieder, die Rundholzpreise würden von den Käufern, also den Sägewerksunternehmern, gemacht. Nun gibt es gewiß Fälle, wo der Käufer die Preise hochtreibt, mehr zahlt, als der Waldbesitzer erwartet. Aber der Sägewerksbesitzer tut das nicht aus Freude an hohen Preisen, sondern weil er das Holz braucht. Unser Welt liefert ja bei weitem nicht soviel Holz wie die heimische Sägewerksindustrie verarbeiten kann. Wer Holz haben will, muß sich daranhalten, und aus dieser Zwangslage ergeben sich die sich überstürzenden Preisangebote. Die Rundholzpreise werden nur dann das richtige Maß erreichen, wenn die Nachfrage nach Holz nicht größer ist als das Angebot. In Deutschland werden Nachfrage und Angebot sich erst dann die Wage halten, wenn die Holzeinfuhr eine starke Zunahme erfährt. Steigerung der Holzeinfuhr ist also das Problem der Zeit. Um diesem Ziele näherzukommen, muß die „völlige Freizügigkeit des Holzes“ hergestellt werden. Ausfuhr- und Einfuhrzölle müssen verschwinden, denn sie hemmen die Holzeinfuhr. Die Sägewerksunternehmer scheinen das endlich zu begreifen. Herr Dr. Heller hat auf der erwähnten Tagung unter anderem ausgeführt:

„Der Glaube des merkantilistischen Zeitalters, ein Land könne dadurch zum Wohlstand gelangen, daß es sich ausländischer Einfuhr verschließt und, für den Eigenbedarf eine Industrie künstlich hochzüchtet, nur den Überschuß seiner Produktion ins Ausland abgibt, dieser Glaube sollte heute nach 200 Jahren im Zeichen der Weltwirtschaft längst als Aberglaube erkannt sein. Jede Hochschutzzollmaßnahme bringt Verteuerung der Lebenshaltung im Inland, damit erhöhte Löhne. Erhöhte Löhne verteuern die Produktion (Das ist eine irrende Auffassung, aber darauf soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden. Redaktion der „Z.“) und mindern so die Wettbewerbsfähigkeit im Ausland. So schnell der Pfeil der Hochschutzzollmaßnahmen auf den Schützen mit doppelter Wucht zurück.“

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen vernünftigen Ausführungen für die Sägewerksindustrie? Herr Dr. Heller hat weiter ausgeführt:

„Europa kann gegenüber der wachsenden Produktivität überreicher Länder nur konkurrenzfähig bleiben, wenn innerhalb des alten Erdteils der Rohstoff seinen Weg findet von der Stätte billigster Produktion zu den Orten günstiger Verarbeitungsmöglichkeit. Dieses Gesetz europäischer Weltwirtschaft muß auch für den deutsch-polnischen Handelsvertrags gelten. Darum muß in einem deutsch-polnischen Handelsvertrag, der ja doch eines Tages einmal kommen wird, unter allen Umständen eine Beseitigung des polnischen Rundholzausfuhrzollens erreicht werden. Auch der deutsche Rundholzausfuhrzoll ist nicht entbehrlich. Die deutsche Sägewerksindustrie wäre, um eine völlige Freizügigkeit

zeit des Rundholzes zu erreichen, sogar vielleicht bereit, einer mäßigen Senkung des deutschen Schnittholzausfuhrzollens zuzustimmen.“

Wie diese Ausführungen von den 500 versammelten Sägewerksunternehmern aufgenommen worden sind, ist aus den Tagungsberichten nicht zu ersehen. Aber die Entbehrlichkeit des deutschen Rundholzausfuhrzollens sind sich ja fast alle vernünftigen Menschen einig. Sogar im Zentralblatt der Waldbesitzer, dem „Deutschen Forstwirt“, wurde vor einigen Jahren einmal festgestellt, daß der Rundholzeinfuhrzoll sachlich überflüssig sei, aber da er einmal bestehe, könnte man ihn auch aufrechterhalten. Aber einer Ermäßigung des Schnittholzeinfuhrzollens hat

Seltenheit sind; das ist vielleicht dort der Fall, wo der Sägerlohn 1913 etwa 25 Pf. betrug und heute 50 Pf. Was die Behauptung von den „Löhnen als beherrschendem Faktor in den Produktionskosten“ anbetrifft, genügt die Feststellung, daß der Lohnanteil am Schnittholzpreis etwa 8 Prozent beträgt!

Ein ganz besonders starkes Stück leistete sich Dr. Heller mit folgender Behauptung: „Unser Land, dessen Handelsbilanz seit Jahren passiv ist“ (Dr. Heller sollte doch wissen, daß Deutschland noch niemals eine aktive Handelsbilanz gehabt hat, sondern nur eine aktive Zahlungsbilanz), „und darüber hinaus noch durch Milliardenzahlungen zum Lebensunterhalt anderer Völker beitragen muß, hat die kürzeste Arbeitszeit in der ganzen Welt.“

Wie falsch diese Behauptung ist, weiß Dr. Heller ebenso gut wie wir. Wo bleibt hier der Mut zur Wahrheit? Der ist hier nicht weniger angebracht als in der Holzollfrage.

Das Luxusdiner.



Sie, wie der Unternehmer froh dinart!
Er frisst sich voll. Der Bürgerblock - seriert.
Der Kanzler Marx als Oberke inner sieht,
Wobei Herr Schiele brav ihn unterstützt:
„Hier ist der Zoll und hier die hohe Miete,
Hier sind die allerlesensten Profite.“
Wie da des Fressers festes Antlitz strahlt:
„Der Arbeitsmann am Nebentisch ... bezahlt!“
Henning Duderstadt.

unseres Wissens bisher noch kein Unternehmer das Wort geredet. Herr Dr. Heller tut das ja auch nicht offen, aber seine Worte sind immerhin ein Fortschritt. Auf die oft gehörte Behauptung, die durch den Einfuhrzoll erreichte Verteuerung des Schnittholzes komme der Sägewerksindustrie zugute, antwortet Dr. Heller:

„Nicht der Sägewerksindustrie kommt die Verteuerung des Schnittholzes zugute. Mit den Schnittholzpreisen steigen die Rundholzpreise, und so wird das Sägewerk entweder zur Steigerung des Kapitalaufwandes oder zur Verminderung der Produktion genötigt, nicht zu vergessen, daß mit jeder Steigerung des Holzpreises die Gefahr der Verdrängung des Holzes durch Ersatzstoffe wächst.“

Das sind Worte, die sich hören lassen. Hoffentlich handelt Herr Dr. Heller auch danach. Gelegenheit dazu bieten die neuen Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei. Dem Mut zur Wahrheit folge nun der Mut zur Tat!

Herr Dr. Heller hat sich auch mit den strukturellen Veränderungen der Produktionskosten der Sägewerke beschäftigt. Er hat ausgeführt:

„Neben Steuern und Soziallasten bilden die Löhne einen beherrschenden Faktor in den Produktionskosten. Die Lohnsätze in der deutschen Sägewerksindustrie und im Plaholzhandel haben längst jedes Verhältnis zu der Preisentwicklung unserer Erzeugnisse eingebüßt. Die Löhne sind gegenüber dem Vorkriegsstand durchweg um 75 bis 100 Prozent gestiegen, während das Schnittmaterial nur gerade der allgemeinen Veränderung der Kaufkraft des Geldes gefolgt ist, das heißt etwa 50 Prozent über Vorkriegsstand steht.“

Nach der amtlichen Großhandelspreisstatistik kosteten im September 1927 (inzwischen sind die Preise weiter gestiegen) Kanten 63,8, Kantholz 56,3, Schalbretter 70,7 und Stamm Bretter 97,8 Prozent mehr als im Jahre 1913. Die Schnittholzpreise sind also ebenso stark gestiegen wie die Löhne, wobei aber noch zu beachten ist, daß Lohnsteigerungen von 100 Prozent eine

Unternehmerbegeisterung für den Tarifvertrag im Korbmachergewerbe.

Wie wir in Nummer 45 der „Holzarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt haben, ist für den Korbmacherbezirk Ober-, Mittel- und Unterfranken ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Der Reichsverband des deutschen Korbmachergewerbes teilt nun in der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ mit, daß der Tarifvertrag bei den Unternehmern im ganzen Reich großes Interesse gefunden habe. Wörtlich heißt es dann:

„Der Tarifvertrag hat bei den Arbeitgebern wie auch bei den Arbeitnehmern des obengenannten Bezirks schon segensreich gewirkt; die Lage beider Teile hat sich schon wesentlich gebessert.“

Auf der Tagung des Reichsverbandes des Korbmachergewerbes im Sommer dieses Jahres wurde, wie wir damals berichtet haben, die Unterzeichnung des Tarifvertrages der Anerkennung eines Todesurteils gleichgesetzt. Allerdings lehnten andere Unternehmer den Tarifvertrag nicht so entschieden ab, aber die Mehrheit der Tagung fand auch nicht den Mut, sich für ihn zu erklären. Wenn die Meldung des Unternehmerverbandes stimmt, scheinen die Korbmachermmeister inzwischen etwas vernünftiger geworden zu sein. Herr Rödel als Vorsitzender des Unternehmerverbandes wünscht; daß seine Kollegen bald und alle im ganzen Reich zu derselben Einsicht kommen möchten, wie die in dem fränkischen Bezirk. Ob dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, ist noch recht ungewiß.

Leimauftragen mit der Pistole.

Aus Amerika wird über eine Erfindung für das Tischlergewerbe gemeldet: Eine Pistole zum Leimauftragen. Die Trommel, die sonst als Patronenmagazin dient, enthält den Leim, der Lauf endet in einer auswechselbaren Düse. Je nachdem, ob viel oder weniger Leim benötigt wird, schraubt man eine andere Düse ein. Dazu kann auch ein Pinsel eingeschraubt werden, der von innen den Leim zugeführt erhält. In der Trommel, die als Leimvorratsbehälter dient, ist eine Gummimembrane eingespannt, die durch einen Bolzen, der über dem Griff der Pistole herausragt, nach vorn gedrückt werden kann. Dadurch wird der Leim aus der Pistole gepreßt. Zur Füllung dieser Leimpistole wird die Sprühdüse in den Leimtopf gesteckt und die Membrane nach vorn gedrückt. Läßt man sich die Membrane wieder zurückziehen, so wird der Leim eingesaugt. Gereinigt wird die Apparatur mit heißem Wasser. Gedacht ist die Leimpistole für das Leimanbringen in Näbellochern, Fräslöchern und auf kleinen Flächen, zum Beispiel Schnitzereien und Kehlleisten.

Zwangsvergleich bei der Mologa-Holzindustrie-A.G.

Die Mologa-Holzindustrie-A.G. hat ihre Liquidation durch einen Zwangsvergleich mit der russischen Regierung beendet. Gemäß dem Abkommen zwischen der Mologa-A.G. und Sowjetrußland galt als Stichtag für die Liquidation des Konzessionsunternehmens der 15. April 1927. Da eine Aufnahme der Vorräte im einzelnen mehrere Monate Zeit erfordert hätte, einigte man sich dahin, den Wert des Unternehmens auf 17,39 Millionen Rubel festzusetzen. Demgegenüber bestehen Verpflichtungen in Höhe von 14,10 Millionen Rubel. Der Überschuß beträgt mithin 3,29 Millionen Rubel. Nach Abzug der Kosten der Liquidation (0,65 Millionen Rubel) verbleibt ein Reingewinn von 2,64 Millionen Rubel oder 5,7 Millionen Mark. Aus dem Gesamtvermögen sollen die deutschen Gläubiger, von denen der größte die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. ist, an zweiter Stelle steht die Himmelsbach A.G., 25 Prozent ihrer Forderung bewilligt erhalten.

Mit dem Zwangsvergleich zwischen der Mologa-A.G. und der russischen Regierung ist die erste und einzige deutsche Holzkonzession an Rußland zurückgefallen. Die Sowjetregierung hat das ehemalige Mologa-Unternehmen dem staatlichen Nordwest-Holz-Trust zur weiteren Ausbeutung übergeben.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die Tagung des Bundesauschusses.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt am 24. und 25. November seine 10. Tagung, in der eine Reihe wichtiger Fragen erledigt wurde. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes sprach Leipart unter anderem über den Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris und die Verhandlungen, die in den nachfolgenden Monaten über die Wahl des Präsidenten und die Frage der Sitzverlegung geführt werden sind. Es geht nach der Ansicht des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht an, daß dem IGB ein Präsident aufgedrungen wird, der nicht das Vertrauen der angeschlossenen Landeszentralen genießt. Die Engländer halten bekanntlich an der Kandidatur Purcells für den Vorstand des IGB fest. Der Ausschuss des IGB, der im Januar des nächsten Jahres in Berlin zusammentritt, wird die Wahl des Generalsekretärs, eventuell eine Ersatzwahl für den Engländer vornehmen müssen. Er soll weiter auch über die Sitzverlegung entscheiden.

Der Bundesvorstand hat wiederum eine Reihe von Eingaben an Behörden gerichtet, ein Gebiet, das in der Stille bearbeitet wird, aber doch große Bedeutung hat. So hat sich der Bundesvorstand in einer Eingabe an den preussischen Wohlfahrtsminister gewandt, um eine Änderung der ungünstigen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Unfällen zu erreichen. Als „geeignete Ärzte“ im Sinne der Verordnung und als Gutachter bei den Versicherungsämtern sollen nicht die angestellten Ärzte der Berufsgenossenschaften, sondern die beamteten Gewerbedeputierten herangezogen werden, die als Beamte die Gewähr dafür bieten, daß sie frei von dem wirtschaftlichen Interesse der Berufsgenossenschaften entscheiden.

Eine weitere Eingabe an den Reichsinnenminister sowie die Länderregierungen und Parlamente beschäftigt sich mit der sozialhygienischen Ausbildung der Medizinisierenden. Sie fordert im Interesse der Sozialversicherung und der ärztlichen Mitarbeit im Arbeiterschutz die Errichtung von Lehrstühlen für soziale Hygiene an den Universitäten, um so zu ermöglichen, daß die Medizinisierenden Unterricht in sozialer Hygiene erhalten können und sich in ihrem Staatsexamen über Kenntnisse auf diesem Gebiete ausweisen müssen.

In einer umfangreichen Eingabe an das Reichsfinanzministerium hat sich der Bundesauschuss für die Erhöhung des steuerfreien Lohninkommens eingesetzt. Er hat ferner Stellung genommen gegen die Erteilung von Religionsunterricht an den Berufsschulen.

Am Schluß seiner Ausführungen brachte Leipart dem Ausschuss eine Entschliebung zur Kenntnis, in der der Bundesvorstand Stellung nimmt zu der Frage der Auslandanleihen und der Steuerpolitik der Reichsregierung. — Wir haben diese Entschliebung im Leitartikel dieser Nummer abgedruckt.

Von dem einstimmig gefassten Beschluß, dem Tabakarbeiterverband die Bundeshilfe zu gewähren, haben wir bereits Notiz genommen.

Über Fragen der Lohnpolitik sprach der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand Spließ. Er erörterte Vorschläge einiger Verbände zur Änderung des Hausarbeitsgesetzes. Eine weitere Ausdehnung der amtlichen Lohnfestsetzung in den Industrien mit starker Heimarbeit könne der Bundesvorstand nicht gutheißen. In seinen weiteren Ausführungen besprach Spließ die Frage der Allgemeinverbindlichkeit, die viel erörtert wird, über die auch in den Gewerkschaften die Meinungen auseinandergehen. Schwerwiegende Gründe, die Spließ im einzelnen erwähnte, werden sowohl für wie gegen die Verbindlichkeitsklärung angeführt. Die Aussprache konzentrierte sich hauptsächlich auf diesen Gegenstand. Es wurde auf die starke Propaganda der Unternehmer gegen die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen, gegen Zwangstarife hingewiesen; das sei ein deutlicher Beweis, daß ihre Beseitigung von den Unternehmern erstrebt wird, um von den Tarifverträgen überhaupt loszukommen und Betriebsvereinbarungen mit „ihren“ Belegschaften abzuschließen zu können. Die Beseitigung kann daher nicht in Frage kommen. Die Verbindlichkeitsklärung darf aber nicht zur Regel werden, sie muß Ausnahme bleiben, ihre mißbräuchliche Anwendung muß beschränkt werden. Insbesondere wurde die lange Dauer von Zwangstarifen als ein Mißbrauch der Verbindlichkeitsklärung bezeichnet.

Indessen darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen sich als eine Zwangsverziehung der Unternehmer zum Kollektivismus auswirken kann. Es liegt auf der Linie der allgemeinen wirtschaftsorganisatorischen Ziele der Gewerkschaften, die Stellung des Staates gegenüber der Wirtschaft zu prüfen und nicht, sie zu schwächen. Aber selbstverständlich besteht auch nicht weniger großes Interesse der Gewerkschaften an der Handlungsfreiheit der Organisationen nicht unbeding zu beschränken. Die Gewerkschaften können und wollen

nicht darauf verzichten, aus eigener Kraft und unter eigener Verantwortung mit den Unternehmern zu Tarifverträgen zu gelangen und dem Gedanken des Kollektivismus durch die Macht ihrer Organisation Geltung zu verschaffen. Der Zwangstarif kann praktisch restlos beseitigt werden, wenn die Unternehmer ebenso wie die Gewerkschaften bereit sind, auf der Grundlage der Freiwilligkeit Tarifverträge abzuschließen. Die Gewerkschaften sind ihrerseits bereit, diese Erziehungsarbeit zu leisten. Eine Änderung des Gesetzes ist dann nicht erforderlich.

Das Fazit aus der ausgedehnten Aussprache zog Leipart, indem er ausführte: Niemand hat in der Debatte den Standpunkt vertreten, daß es nicht notwendig sei, die Wirkung der Verbindlichkeitsklärung einzuschränken. Die Meinungen sind nur geteilt in der Frage, wieweit und in welcher Form diese Einschränkung notwendig sei, weil hier die Verhältnisse in den Verbänden verschieden liegen. Die Gewerkschaften waren stets bereit, sich mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen bei der Anwendung ihrer Machtmittel gewisse Beschränkungen aufzuerlegen. Der Bundesauschuss hat durch die Debatte zum Ausdruck gebracht, daß es der Idealzustand wäre, wenn die Gewerkschaften durch eigene Macht die Arbeitgeber allgemein zum Abschluß von Tarifverträgen erziehen würden. Man kann es nicht ablehnen, dem Staat die Möglichkeit zu geben, in die Lohnstreitigkeiten einzugreifen und auch Verbindlichkeitsklärungen auszusprechen. Aber es ist auch Zeit, diese Befugnisse der Behörden einzuschränken.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf „Werk sportvereine und Werkjugendpflege“. Hierzu hielt der Jugendsekretär beim Bundesvorstand, Maschke, ein eingehendes Referat. Im Einvernehmen mit dem anwesenden Vertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes legte er dem Ausschuss die folgende Entschliebung vor, die einstimmig angenommen wurde:

Werk sportvereine und Gewerkschaften.
„Die Gewerkschaften haben das lebhafteste Interesse daran, daß die Arbeiterschaft im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und ihrer Gesundheit ist. Der Bundesauschuss spricht deshalb seine Freude über die erfolgreiche Entwicklung der Arbeitersportbewegung aus, die von dem Willen zeugt, in gesunden Leibesübungen den gesundheitlich schädlichen Wirkungen schlechter Lebensverhältnisse und einseitiger, oft Gefahren mit sich bringender Arbeitsverrichtungen entgegenzutreten. Die Arbeiter-Turn- und Sportvereine sind die Stätten, in denen alle Arbeiter ihr Bedürfnis nach vernünftiger sportlicher Betätigung befriedigen können.“

Wenn private oder öffentliche Unternehmungen die Absicht haben, der sportlichen Betätigung der werktätigen Bevölkerung materielle Förderung zuteil werden zu lassen, so mögen sie den Gemeinden besondere Mittel zur Errichtung von öffentlichen Turn- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Jugendheimen u. dgl. geben. Für die Gründung besonderer Werk sportvereine besteht jedoch keine sachliche Notwendigkeit. Die Praxis vieler bestehenden Werk sportvereine zeigt, daß mit ihnen häufig betriebsegoistische Ziele verfolgt werden, in manchen privaten und auch öffentlichen Betrieben werden sie benutzt, um eine Gesinnungsbeeinflussung der ihnen angehörenden Arbeiter, Angestellten und Beamten herbeizuführen.

Die Gewerkschaften wenden sich deshalb gegen die Gründung von Werk sportvereinen. Die den bestehenden Werk sportvereinen angehörenden Arbeitnehmer sich selbst bzw. der Beeinflussung durch die Beauftragten der Werkleitungen zu überlassen, liegt aber nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Es wird deshalb Aufgabe der zuständigen Gewerkschaften sein, im Benehmen mit den Arbeitersportvereinen von Fall zu Fall über die Haltung zu den bereits vorhandenen oder noch entstehenden Werk sportvereinen zu entscheiden. Wenn es zweckmäßig erscheint, sollen die Gewerkschaftsmitglieder veranlaßt werden, den Werk sportvereinen beizutreten, um Einfluß auf ihre Leitung zu erhalten und sie geistig wie organisatorisch in die Arbeiter sportbewegung hineinzuführen.“

Seine Stellung zu der Werkjugendpflege und den Werk schulen präziserte der Bundesauschuss durch die gleichfalls einstimmig erfolgte Annahme der folgenden Entschliebung:

„In den verschiedenen Industriezweigen sind Unternehmungen dazu übergegangen, die von ihnen betriebene berufliche Ausbildung der Jugend in Lehrwerkstätten zu verbinden mit einer Gesinnungsformung, deren Leitgedanke die Werkgemeinschaft ist. Durch die organisierte Werkjugendpflege und auch durch die Werk schulen wird versucht, die heranwachsenden Arbeiter die sogenannte „Werkverbundenheit“ zu geben. Um das zu erreichen, werden sie planmäßig von den Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen ferngehalten, indem man die ganze freie Zeit der Lehrlinge vom Werk aus mit Beschlag belegt. Durch Bestimmungen des Lehrvertrages müssen die gesetzlichen Vertreter ihr Erziehungsrecht auf die mit der Ausbildung beauftragten Personen übertragen und sich z. B. verpflichten, die Lehrlinge anzuhalten, die von dem Leiter des Ausbildungsweises für Berglehrlinge im Interesse der geistigen und körperlichen Erhaltung des Berglehrlings angelegten Veranstaltungen an den verschiedenen Abenden der Woche regelmäßig zu besuchen.“ Dieses Vorgehen dient ganz offensichtlich dazu, den Arbeiterorganisationen den Nachwuchs fernzuhalten. Solange nicht das Ge-

setz solche Annahme, die ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmer ist, verhindert, müssen die Arbeitereltern es ablehnen, sich diesen entwürdigenden Bedingungen zu unterwerfen. Dem Betrieb kann unmöglich Einfluß auf oder gar ein Bestimmungsrecht über Weltanschauung, Religion und politische und soziale Auffassungen der bei ihm tätigen Arbeiter eingeräumt werden.

Die Gewerkschaften erheben keine Einwendung gegen die Errichtung von Lehrwerkstätten in größeren Betrieben, erkennen im Gegenteil ihren Nutzen für die sachliche Ausbildung des Nachwuchses durchaus an. Entschieden abzulehnen sind aber die Bestrebungen der Betriebe, in ihren Werk schulen Unterricht in Lebens- und Staatsbürgerkunde zu erteilen, wenn die an den Werk schulen tätigen Lehrer vom Betrieb eingestellt und von ihm abhängig sind. Wenn auch die Schulaufsicht vom Staat ausgeübt wird, so liegt doch die Auswahl der Lehrer völlig beim Betrieb, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, gewisse dem Betrieb erwünschte Gesinnungen und Anschauungen herrschen zu lassen. Die Gewerkschaften müssen deshalb fordern, daß in den Werk schulen, die Anspruch erheben, Ersatz für die öffentliche Berufsschule zu sein, die Lehrer vom Staat anzustellen sind.“

Über die Arbeit der Kommission für die Vereinheitlichung des Unterstülfungswesens der Gewerkschaften berichtete Schlimme. Da nur wenige Verbände die Unterstülfung an Arbeitslose, Kranke und Reisende als gesonderte Einrichtungen führen, wird zum Zwecke der Einheitlichkeit vorgeschlagen, die Erwerbslosenunterstülfung als zusammenfassende Unterstülfung einzuführen. Die überaus differenzierten Unterstülfungen sollen eine Angleichung dadurch erfahren, daß künftig ein einheitlicher Multiplikator nach dem wöchentlichen Hauptklassenbeitrag der Mitglieder zur Grundlage der Berechnung der täglichen Unterstülfung genommen wird. Hinsichtlich der Unterstülfungsdauer ist eine Angleichung als notwendig erklärt worden. Da für die Höhe der Unterstülfung die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge vielfach entscheidend ist, wird eine Beschränkung auf höchstens fünf Staffellungen vorgeschlagen. Der Bundesauschuss stimmte den Kommissionsvorschlägen einstimmig zu.

Zum Schluß gab Knoll einen Bericht über die bisherigen Vorarbeiten zur Presseausstellung. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei werden in einem gemeinsamen Gebäude, „Haus der Arbeiterpresse“, untergebracht werden. Die Ausstellung der Gewerkschaften soll eine Gesamtausstellung der Verbände sein einschließlich einer historischen Ausstellung. Der Bundesauschuss war mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

Der Kampf in der Zigarrenindustrie beendet.

Am 30. November begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen zwischen den Parteien. Ihre Schwierigkeit läßt sich daran ermessen, daß sie erst am Morgen des 1. Dezember abgeschlossen wurden. Das Ergebnis ist eine Vereinbarung, die besagt, daß die beiderseitigen Kampftarifverträge vom 12. April 1927 behält seine Gültigkeit bis 31. März 1929. Er kann mit zweimonatiger Frist gekündigt werden. Die bisherigen Lohnsätze gelten bis 1. März 1928; von da an werden sie um 12 Prozent erhöht. Für die Bezirke Hamburg und Bremen beträgt die Erhöhung 10 Prozent. Dieses Lohnabkommen kann mit sechswöchiger Frist erstmalig zum 31. Oktober 1929 gekündigt werden. Auf Antrag einer Partei muß aber ab 1. Oktober eine Nachprüfung darüber stattfinden, ob eine wesentliche Änderung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, die einen Ausgleich der Löhne erfordert. Außerdem ist eine Verlängerung des Urlaubs von 4 auf 6 Tage vereinbart.

Zu Beurteilung dieser Vereinbarung muß man sich erinnern, daß das feitherige Lohnabkommen, wenn es auch zwangsweise durch Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsgerichts zustande gekommen war, bis zum 31. März galt. Die Arbeiter erhalten nun bei Wiederaufnahme der Arbeit keine Lohnerhöhung. Diese tritt aber einen Monat vor Ablauf des feitherigen Vertrages ein. Die Lohnerhöhung um 12 Prozent ist beachtlich; bei den niedrigen Löhnen in der Zigarrenindustrie fällt sie aber nicht so schwer ins Gewicht. Die Tabakarbeiter werden auch nachher noch eine schlechtbezahlte Arbeiterschaft bleiben. Wertvoll ist die Verlängerung der Feriendauer. Man kann sagen, daß sich die Parteien auf einer mittleren Linie geeinigt haben. Ohne die Aussperrung hätten die feitherigen Verhältnisse noch bis zum 31. März 1928 gegolten. Die Unternehmer hatten die Aussperrung jetzt unternommen, um die Arbeiter bei den kommenden Lohnverhandlungen kampfunfähig zu machen. Sie mußten nun Zugeständnisse machen, die weitergehen, als sie beabsichtigt haben mochten, und diese Zugeständnisse müssen einen Monat früher gewährt werden, als ohne Aussperrung nötig gewesen wäre. Dazu mußten sie sich zu einer Verlängerung der Feriendauer verstehen. So gesehen, kann man sagen, daß die Unternehmer den mit der Aussperrung verfolgten Zweck nicht erreicht haben. Welche Auswirkung der fröhol herausbeschworene Kampf auf das Geschehen der Unternehmerorganisation haben wird, muß man abwarten.



Unterhaltung und Wissen



Aus den Lebenserinnerungen eines Sirentinaben.

Von Emmy Kömpf.

Als ich 14 Jahre alt war, kam ich zum erstenmal in die Stadt. Von meinen Bergen hatte ich sie oft gesehen: Klein wie ein Kinderpielzeug, verlockend wie die Frucht vom Baum der Erkenntnis lag sie da, und meine Träume spannen um sie ein goldenes Netz. Ich stellte sie mir vor wie ein Paradies.

Meine Phantasie war schrankenlos. Von der Stadt kannte ich ja nur die vornehmen Touristen, die mir für einen Strauß Alpenrosen 5 Mk. gaben. Ich dachte an die Autos, in denen man wie der Wind zum Ziel saust, an die herrlichen Parks, an die prächtigen Häuser, in denen man wohnen kann wie der Herrgott im Himmel, an die Theater, Kinos und Konzerte, an Menschen, die sich jeden Wunsch erfüllen können, an Menschen mit schmalen, weißen, gepflegten Händen und polierten Fingerringen, an... du lieber Gott, ich weiß heute selbst nicht mehr, wie ich mir die Stadt vorstellte. Sie war mir ein Paradies und meiner Sehnsucht Gipfel.

Und als ich 14 Jahre alt war, erreichte ich den Gipfel, tat ich die ersten Schritte in das kalte Steinmeer der Großstadt.

Das erste, was ich sah — wirklich sah —, war ein Krüppel ohne Hände und Füße, der an einem Krückenpfähler saß und stumm, mit trüben Augen auf die Menschen starrte, die vorüberfluteten, bettelnd um ein paar Pfennige. Da schossen mir die Tränen in die Augen, und ich sah die Stadt durch einen Schleier.

In einer engen Straße sah ich kleine Kinder in der Dose spielen. Sie schienen zufrieden und glücklich zu sein, aber ihr Lachen ließ meine Augen erstarren und mein Herz erzittern. Ich floh, als könnten sich Kerkerportale öffnen und mich verschlingen.

Dann sah ich in einem Fabrikhof alte und junge Männer auf schwarzen Fässern sitzen und aus blechernen Töpfen zu Mittag essen. Sie hatten zerfurchte Gesichter und braune, grobe, schweißige Hände. Nach dem Essen sangen die jungen Männer ein Lied, das ich nicht verstand, und manche der älteren lehnten den Kopf an die aufgestapelten Fässer und schliefen. Die Mittagsonne verbrüllte die schiefen, linienförmigen Gesichter. Plötzlich hörten die Stimmen auf, schrie und schmerzhaft. Die Männer erhoben sich und strömten scharenweise in die großen dunklen Fabrikstore. Die Jungen mußten ihren Gesang mitten im Satz abbrechen, und die Alten lachten darüber. Ich konnte es nicht fassen, daß sie lachen und singen konnten, wenn sie in die Hölle gingen, denn mir erschienen die Tore der Fabriksäle wie Hölleportale.

Vom Glück der Stadt sah ich nichts. Meine Augen waren geblendet von dem, was sie nicht zu sehen erwartet hatten.

Als ich dann irgendwo im Fenster einer Buchhandlung das Gedicht las:

Ihr tragt den Erdenball in euren Händen,
Und eure Schultern fühlen seine Last,
Tragt das Geschick von tausend Jahreswenden,
Und dennoch will sich eure Fron nicht enden,
Und euer Los ist Arbeit, Mühsal und Hast,

da wußte ich, daß diese Zellen den Männern mit den Schwielenhänden galten, und plötzlich fühlte ich mich beschämt bis ins innerste Herz.

Spät abends aber, als ich wieder im düstigen Heu der Sennhütte lag und ringsum das Raunen der Bergwälder hörte, überfiel mich eine unbändige Furcht vor dem Tage, an dem auch ich für immer hinunter in die Stadt mußte, an dem sich die schwarzen Tore auch meinen lichtgewohnten Augen öffnen würden. . . .

Erlebnisse eines Handwerksburschen im Kloster Mar-Saba.

Mar-Saba — so oft vor diesem Kloster gesprochen wurde, klangen die Erzählungen wie ein Märchen aus längst vergangener Tagen. Am Ende des Kidrontales, in einer völlig wogelosen Gegend, grüdete vor 1000 Jahren der heilige Saba das nach ihm benannte Kloster. Zuerst lebte er in einer der vielen Basalthöhlen, die früher wohl umherziehenden Beduinen oder vagabundierenden Räubern als Unterschlupf dienten. Durch das Hinzukommen neuer Brüder entstand allmählich das Kloster.

In Jerusalem hatten wir übernachtet. In aller Herrgottsfrühe machten wir uns auf den Weg. Als wir über den arabischen Gemüßmarkt gingen, war es noch dunkel. Wie Gespenster ragten die riesigen Zinnen der Herodesmauer, die Säulen des Waditortes und die markten Einbauten der unzähligen Minarets in den Nachthimmel. Drüben auf den Höhen eines arabischen Caféhomes aperitivierten ein paar Händler, während auf dem flachen Dach des Hauses, über das flüchtig die erste Morgenröte strich, ein andächtiger Araber zur aufgehenden Sonne sein Gebet sprach. Stille und Frieden ruhte noch über Jerusalem.

Und links, bevor man in den Badl Kidron einbiegt, der uns als Richtschnur für den Weg bis nach Mar-Saba bezeichnet wurde, liegt in unendlicher Pracht die unbeugsame undait'e Felsenwände mit den unmetrisch in die Perspektive hineingelagerten transjordanischen Bergen. Wild, zerfissen, unüberwindlich liegt das Felsenmeer vor uns. Wird es den Klosterbrüdern gelingen, die Menschen in ihrer über-schäumenden Lebenskraft, in ihrem fanatisch religiösen Empfinden zu ihrem Glauben zu überführen? Niemals! Sie sind an ein ruheloses, aber freiheitliches Leben in der Wüste gewöhnt, sind zu sehr Monomanen, um sich einem ordnenden Prinzip zu unterwerfen, sind zu sehr gewohnt,

Manchmal - -

Manchmal, im dröhnenden Tag, wenn ich den schweren Hammer schwinge, lodert plötzlich in mir eine zuckende Flamme empor. Draußen, vor dem schmiedeeisernen Tor, weiß das Leben schönere Dinge!

Lachen wacht auf - zarte Mädchengesichte - helle Worte tauchen aus Schritt und Gestein. Senkt noch die herbstliche Sonne einen verbliebenen Goldstrahl hinein - Karren ähzen, vielleicht, daß eine Peitsche knallt - Draußen, draußen vorm Tor! Und dann ein rauschender, singender Automotor - - Fern aber trauert der blaue Wald.

O Welt, o Heimat der Freude. Du Wundergarten! An meinem Hammer zerbricht dein brausender Orgelton. Von deiner Luft bin ich der wüßigste, gläubigste Sohn - Warum lässest du mich in ewiger Ungeduld warten?

Was ich im Wert vollende, was meine zitternden Hände blutig und schwiel beginnen, das kann nicht dein Sinnen sein und mein Ziel.

Erde will ich. - Erde fühlen und wissen, daß mich der heilige Urgrund wie alle fruchtbaren Dinge trägt. Die saugenden Wurzelfasern in mir hat der Hammer Schlag lang schon zerfissen; mein Herz nur noch nach dem Takt einer blanken Maschine schlägt.

Erde will ich. - Erde füttern und waschen. - Baum werden und rauschen mit meiner trachtigen Wipfelwucht. Aus der Notwüste der Eisenfängen und Ähren, wider ein fallendes Blatt, das den Schoß alles Werdens sucht.

Daß auch mein flammender Daß, wenn ich den Hammer schwinge, herbstweit zerfließt und Freude flackert empor - Der dröhnende Tag aber als ein mächtiger Psalm erklinge, wie draußen die Welt vor dem schmiedeeisernen Tor.

Otto Ziefe.

Ihr persönliches Ich in den Vordergrund all ihrer Begebenheiten zu stellen.

Und da, nach achtsündigem Marsch über Geröll und Steine hinweg, sehen wir auf der vor uns liegenden Anhöhe, in Felsen gehauen, höhlenartig, das Kloster. Schon stehen wir davor. Ein Mönchspater mit linkscher Bewegung entbietet uns seinen Gruß. Ein ehrwürdiger Greis, mit wallenden Badenhaaren und herabhängendem starken Zopf. Die schwarze Kutte und die hohe Kapuze geben dem Gesicht einen herben Ausdruck. Asketische Züge durchfurchen das ohnedies schon sehr ernst aussehende Antlitz. Mit irrem Blick gen Himmel murmelt er irgendeinen Psalm, der augenscheinlich uns Ankommenden gilt. Befangen und mit kindlichem Vächeln strickt er uns seine geöffnete Hand entgegen, und indem er seinen Kopf hin und her wiegt, läßt er leise, unvernehmbar, mit geschlossenen Augen, verträumt: Badschisch, Badschisch!

Sonderbar! Bessere Bettelei? Nein! Für dieses abgehärmte, von tiefem seelischen Leid durchzogene Antlitz — die ernst-gentilen Furchen zeugen von asketischem Denken — gibt es dergleichen nicht. Ohne jedwedes Attribut fordert er von denen, für die er lebt, für die er alle Entfagungen bis zur schmerzvollsten Potenz empfindet, seinen Lebensunterhalt. Er fordert es! Das ist das bestimmende Gefühl, das man aus dem triumphierenden, aber stereotypen Vächeln empfindet. Während er bis jetzt eine völlig unmännliche Haltung einnimmt, den Rücken gekrümmt, die weichen, verweichlichten Hände gefaltet, die Augen geschlossen, die Welt Welt sein lassend, nur dem Schöpfer zugehört und sein ganzes Inneres nur für seine himmlischen Imponderabilien geöffnet, richtet er sich jetzt im Augenblick empor, so daß alle Anwesenden sich ob dieser theatralischen Mimik nicht genug wundern können. Mit einem Ruck hat sein erfahrenes Auge, gewohnt, dergleichen Situationen zu erfassen, sich aus der verträumten himmlischen Verzückung wieder zurückgefunden.

Eine schwere eisenschlagene Tür öffnet sich auf einen Bink des Mönchspaters, und wir treten in das Innere des Klosters. Welche Pracht, welch mystisches Empfinden, welches Erlebnis! Die riesigen Quadermauern, die seit Jahrhunderten hier stehen, die spizen winkligen Türme, deren schwarzer

Basalt einem in die Augen beißt, dies alles ähnelt eher einer Feste, einer Zwingsburg, als einer stillen frommen Einsiedelei. In meinem gebrochenen Arabisch mache ich den Vater auf den von mir sinnlich empfundenen Unterschied aufmerksam. Er lächelt! Einsiedelei? Eine Feste des Herrn! Und ich verstehe es!

Die asketische Einfachheit, umlagert von der Pracht der Umgebung, stempelt dieses mir unvergeßlich bleibende Stückchen Erde zu einem Mythos. Unzählige Sagen, Legenden, wer zählt sie alle, entspringen hier diesem pathetischen, geheiligten Boden. Hier der gedrungene Obelisk, der in seiner Einfachheit monumental wirkt, unter dem der Märtyrer, der heilige Saba, begraben liegt. Und wer zweifelt bei all der Heiligkeit daran? Dort die Felsenkapelle, in der einige strafverfegte Mönche jahraus, jahrein, einige schon seit mehr als 20 Jahren, nur mit der Bibel oder von der Bibel leben. Hier ein Ölgemälde. Es ist das Jugendbildnis unseres Vaters. Ich wurde in meiner guten Laune plötzlich geführt, wie ein heftig Lachender zuletzt in Tränen ausbricht. Ich mußte mich schäudernd abwenden, als ich die Kopie, den lächelnden, umlockten Knabenkopf, mit dem heiligen Original, dem schwebenden hypokratischen Gesicht, verglich, das schwarz und schrecklich wie ein Medusenhaupt in seine Jugend schaute. O, die Leidenschaften sind die tödlichsten Retuschierer, die den blühenden Raffaelskopf der Jugend mit fortschreitenden Jahren aufstreifen und durch immer härtere Züge entstellen, bis aus dem Engelshaupt eine Höllebreugelige Larve geworden ist.

Aus dem sich wölbenden Portal, dem Eingang der großen Vestibule, ertönt leiser religiöser Gesang irgendeines biblischen Psalms. Fast unmerklich, wehmützig! Und jetzt, ich traue meinen Ohren nicht, ist es ein Spitz, träume ich oder hat der heiße Süd-Ost meine Sinne verwirrt? Anhaltend, intensiv lausche ich. Tatsächlich, es ist das Jüdische Ave Maria. Wie zittert es zu mir herüber! O! Erinnerung! Sie überwältigt mich! Vor langer Zeit spielte und sang es mir meine Freundin zum Abschied in Deutschland vor!

Und da, wie zum Trost erdröhnt aus der Felsenwüste über die hohen Mauern und Zinnen, daß es einem in den Ohren geht, der wilde Ruf der Beduinen: Alla il Allaa il Russel il Alla. Kierlich, wild, mit jenem eigentümlichen gutturalen Akzent. Der Ruf aus der freien jüdischen Felsenwüste!

S. Rosenthal (Schönbrunn).

Jerusalens unter den Bäumen.

Im Vergleich zu der fabelhaften Langlebigkeit gewisser historischer Bäume, die als Zeugen seit Jahrhunderten untergegangener Wälder der Zeit getrotzt haben, erscheint das flüchtige Erdendasein der Menschen als ein wahres Eintagsleben. So weist der Senegal Riesen aus der Familie des Affenbrotbaums auf die 4000 bis 5000 Jahre zählen. Andere, wie die berühmten gigantischen Mammutbäume in Kalifornien oder die von Ostava auf Teneriffa, die von Gelehrten wie Humboldt und Berthelot besichtigt und beschrieben wurden, sehen auf ein Dasein von 8 Jahrhunderten zurück. Ein respektables Alter präsentieren ferner die berühmten Zedern des Libanon, die Zeitgenossen Salomons, und die 8 Olivenbäume im Garten von Gethsemane, die Zeugen des Todeskampfes des großen Nazareners gewesen sind.

Die Bäume des alten Europa haben zwar einen minder legendären Ursprung, aber darum nicht weniger alte Adels-titel. So die Kastanie des Atna, jener alte Veteran von 12 Jahrhunderten, der den imposanten Titel „Kastanie der 100 Pferde“ führt, in Erinnerung der 100 Pferde der königlichen Eskorte, die bei einem Unwetter unter seinem weit- raugenden Wipfeldach Zuflucht suchten, so die tausendjährige Platane von Buskubere bei Konstantinopel mit ihren 11 demselben Stamm entsprossenen Schößlingen, in deren Schatten Gottfried von Bouillon sein Zelt aufschlug. Ihre Rivale ist die von Griechen und Türken gleich verehrte Platane von Stansho, deren 2000 Jahre zählende Blätterkrone von 50 Säulen aus Marmor und Granit gestützt wird. Auf 160 Steinstützen ruht auch die berühmte Linde in Neustadt in Württemberg, eine rüstige Greisin, deren Altersbestimmung der Rechenkunst der Botaniker bisher gespottet hat. Frankreich besitzt einen Taurusbaum in Gite-de-Routot, der 12 oder 15 Jahrhunderte zählt und einem ganzen Lager Schatten zu bieten vermag, und weiterhin eine Eiche von 9000 Jahren, in deren Stamm eine Kapelle eingebaut ist, die 12 Personen faßt.

Außer diesen Edelsten unter dem Walddel gibt es, in der ganzen Welt zerstreut, Tausende und aber Tausende von Bäumen, deren Gipfel die Jahrtausende gesehen, ohne den majestätischen Nacken zu beugen. Bei der Gelegenheit sei hier eine Übersicht über das Durchschnittsalter der wichtigsten Waldbewohner nach den Feststellungen des Botanikers De-landolle gegeben. Es erreichen danach: Feigen 250 Jahre, Ulmen 335, Zypressen 350, Birnbäume 400, Ephen 450, Lärchen 570, Kastanien 500 bis 600, Orangerbäume 630, Olivenbäume 700, die Platane des Orients 720. Jedern des Libanon 1148, Eichen 1500, Todecarpus 1580, Taurus 2380, Tanodium 4150 und Affenbrotbäume 5150 Jahre. ml.

